



h_da

HOCHSCHULE DARMSTADT
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Allgemeine Bestimmungen für Prüfungsordnungen (ABPO)

der Hochschule Darmstadt – University of Applied Sciences

vom 08.12.2005

zuletzt geändert am 02.07.2019

gültig ab 01.10.2019

Inhalt

ERSTER ABSCHNITT: ALLGEMEINES	3
§ 1 Studiengänge und Prüfungsordnungen	3
§ 2 Grundsätze für den Aufbau der Studiengänge	4
ZWEITER ABSCHNITT: STUDIUM	5
§ 3 Studienbedingungen	5
§ 4 Lehr- und Lernformen	5
§ 5 Pflicht- und Wahlpflichtmodule sowie Wahlfächer	6
§ 6 Vertiefungsrichtungen	7
§ 7 Praxismodule	7
§ 8 Studienberatung	8
DRITTER ABSCHNITT: PRÜFUNGEN	8
§ 9 Arten der Leistungsnachweise (Prüfungen)	8
§ 10 Formen der Leistungsnachweise.....	9
§ 11 Mündliche Prüfungen.....	10
§ 12 Schriftliche Klausurprüfungen	10
§ 13 Weitere Prüfungsformen	10
§ 14 Anmeldung und Zulassung zu den Prüfungen	11
§ 15 Bewertung der Leistungsnachweise, Modulnoten und Gesamtnote.....	12
§ 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß.....	13
§ 17 Wiederholung von Leistungsnachweisen	13
§ 18 Endgültiges Nichtbestehen	14
§ 19 Anerkennung von Leistungsnachweisen und nachgewiesenen Kompetenzen	14
§ 20 Einstufungsprüfung	15
VIERTER ABSCHNITT: ABSCHLUSS DES STUDIUMS	15
§ 21 Abschlussmodul.....	15
§ 22 Abschlussarbeit	15
§ 23 Bewertung der Abschlussarbeit, Kolloquium.....	16
§ 24 Abschlusszeugnis	17
§ 25 Verleihung des akademischen Grads.....	18
§ 26 Diploma Supplement und ECTS-Grades	18
FÜNFTER ABSCHNITT: ORGANISATION DES PRÜFUNGSWESENS	19
§ 27 Prüfungsausschuss.....	19
§ 28 Prüfer*innen, Beisitzer*innen.....	20
§ 29 Zuständigkeit des Dekanats	20
§ 30 Prüfungsamt	20

§ 31	Akteneinsicht	21
§ 32	Widerspruch	21
§ 33	Ungültigkeit, Unrichtigkeit, Mängelheilung	21
SECHSTER ABSCHNITT: SCHLUSSBESTIMMUNGEN		22
§ 34	Übergangsregelungen	22
§ 35	In-Kraft-Treten	22
Anlage 1: Abschlusszeugnis.....		23
Anlage 2: Verleihungsurkunde		24
Anlage 3: Verbot mobiler Geräte in Prüfungen.....		25
Anlage 4: Plagiate		25
Anlage 5: Attest zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit.....		26
Anlage 6: Glossar		28
Senatsbeschluss vom 13. Juli 2010 zur Änderung der ABPO		29
Senatsbeschluss vom 17. April 2012 zur Änderung der ABPO		29
Senatsbeschluss vom 07. Juli 2015 zur Änderung der ABPO.....		29
Senatsbeschluss vom 30. Januar 2018 zur Änderung der ABPO		30
Senatsbeschluss vom 02. Juli 2019 zur Änderung der ABPO.....		30

ERSTER ABSCHNITT: ALLGEMEINES

§ 1 Studiengänge und Prüfungsordnungen

- (1) Die Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen enthalten die für die Prüfungsordnungen aller einbezogenen Studiengänge der Hochschule Darmstadt übereinstimmend geltenden Regelungen. Sie sind Bestandteil der Prüfungsordnungen der Studiengänge und werden ergänzt durch die studiengangsspezifischen Regelungen, die in den von den jeweils zuständigen Fachbereichsräten erlassenen Besonderen Bestimmungen für die Prüfungsordnungen der Studiengänge (im Folgenden kurz: "Besondere Bestimmungen") enthalten sind. Die Besonderen Bestimmungen werden nach Zustimmung des Senats und erfolgter Akkreditierung durch das Präsidium der Hochschule genehmigt. Die Genehmigung ist nach Maßgabe der Akkreditierung zu befristen. Die Änderung der Besonderen Bestimmungen ist während des Akkreditierungszeitraumes auf der Grundlage diesbezüglicher Änderungsrichtlinien der Hochschule Darmstadt in der jeweils gültigen Fassung möglich.
- (2) Die Studiengänge werden durch akademische Prüfungen (Bachelorprüfung oder Masterprüfung) abgeschlossen. Aufgrund der bestandenen akademischen Prüfung verleiht die Hochschule Darmstadt den für diesen Studiengang festgelegten akademischen Grad (Bachelorgrad oder Mastergrad). Die hierfür erforderlichen nationalen und internationalen Standards werden durch Akkreditierung festgestellt. Den jeweils geltenden Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz ist Rechnung zu tragen.
- (3) Für Studiengänge, die mit der Bachelorprüfung als erstem berufsqualifizierendem Abschluss abgeschlossen werden, wird der Bachelorgrad verliehen. Für Studiengänge, die mit der Masterprüfung als zweitem berufsqualifizierendem Abschluss abgeschlossen werden, wird der Mastergrad verliehen.
- (4) Wenn die Voraussetzungen von § 21 Absatz 2 HHG erfüllt sind, können Studiengänge auch mit anderen akademischen Graden als dem Bachelor- oder dem Mastergrad abgeschlossen werden. In diesen Fällen legen die Besonderen Bestimmungen des betreffenden Studiengangs fest, wie die in den Allgemeinen Bestimmungen für die Bachelor- bzw. die Masterprüfung vorgesehenen Regelungen sinngemäß zu übertragen sind.
- (5) Die Studienprogramme (Curricula) sind in Module gegliedert. Ein Modul ist eine inhaltlich und zeitlich abgeschlossene Lehr- und Lerneinheit, welche eine oder mehrere, in der Regel aufeinander bezogene Lehrveranstaltungen sowie Zeiten des Selbststudiums umfasst. Jedes Modul wird mit einer Prüfung abgeschlossen (Modulprüfung). Für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls werden unabhängig von der Bewertung Punkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben. Diese sind ein Maß für den mit dem Modul verbundenen studentischen Arbeitsaufwand (work load) und werden nachstehend, dem internationalen Sprachgebrauch folgend, als Credit Points (abgekürzt CP) bezeichnet. Die Besonderen Bestimmungen können den Umfang der mittleren studentischen Arbeitsbelastung je Credit Point gemäß den Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) festlegen. Sofern die Besonderen Bestimmungen keine abweichende Festlegung treffen, entspricht ein CP im Mittel 30 Stunden studentischer Arbeitsleistung.
- (6) Die Besonderen Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge enthalten:
 1. die Angabe des für den Betrieb des Studiengangs zuständigen Fachbereichs, wobei insbesondere bei interdisziplinären Studiengängen die Zuständigkeit der beteiligten Fachbereiche oder sonstigen Einrichtungen der Hochschule Darmstadt darzustellen ist
 2. die Qualifikationsziele und Inhalte des Studiums
 3. die vollständige Bezeichnung des für den erfolgreichen Abschluss verliehenen akademischen Grads sowie dessen Kurzform
 4. die Regelstudienzeit
 5. die für den erfolgreichen Abschluss zu erwerbende Zahl von Credit Points
 6. gegebenenfalls die besonderen Zulassungsvoraussetzungen für den Studiengang und die Beschreibung des Zulassungsverfahrens, soweit es in der Zuständigkeit der Fachbereiche liegt
 7. das Studienprogramm mit den Pflicht- und Wahlpflichtmodulen des Studiengangs, wobei für jedes Modul anzugeben ist
 - die Zahl der vergebenen Credit Points,
 - das für das Modul vorgesehene Fachsemester bei regulärem Studienverlauf
 8. die Modulbeschreibungen nach § 1 Absatz 7

9. die Kataloge der Wahlpflichtmodule sowie die damit verbundenen übergreifenden Lern- und Qualifikationsziele nach § 5 Absatz 3 und 4
 10. alle weiteren studiengangsspezifischen Regelungen, für die in diesen Allgemeinen Bestimmungen auf die Besonderen Bestimmungen verwiesen wird
 11. zusätzliche spezielle Regelungen, beispielsweise für die Verwendung von Fremdsprachen in der Lehre, für Teilzeitstudiengänge, für duale Studiengänge oder für Studiengänge, die in Kooperation mit einer anderen Hochschule betrieben werden.
- (7) Die Modulbeschreibungen enthalten für das jeweilige Modul, gegebenenfalls auch für jedes Teilmodul (§ 5 Absatz 3):
1. die Inhalte
 2. die Lern- und Qualifikationsziele im Sinne von zu erwerbenden Kompetenzen
 3. die Lehrveranstaltungen mit den Lehr- und Lernformen
 4. den nach den Lehrveranstaltungen und Lernformen des Moduls aufgeschlüsselten Arbeitsaufwand und die Zahl der vergebenen Credit Points
 5. Angaben zur Lehrsprache
 6. Angaben zum Semester
 7. die/den Modulverantwortliche*n und weitere Lehrende
 8. die Voraussetzungen für die Zulassung zu dem Modul und für die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen und Leistungsnachweisen
 9. die Dauer und zeitliche Gliederung sowie die Häufigkeit des Angebots
 10. das Studiengangsniveau
 11. die Verwendbarkeit des Moduls in verschiedenen Studiengängen
 12. die Beschreibung der im Modul zu erbringenden Prüfungen nach Art, Form, Inhalten und Anforderungen sowie gegebenenfalls weitere notwendige und empfohlene Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss des Moduls
 13. Angaben zur verwendeten Literatur
- Die Modulbeschreibungen können innerhalb eines Moduls Wahlmöglichkeiten vorsehen.
- (8) Im Falle, dass ein Studiengang in verschiedenen Formen (siehe Glossar) studiert werden kann, müssen die Besonderen Bestimmungen (BBPO) im Regelstudienprogramm und im Modulhandbuch die Gleichwertigkeit aller in den verschiedenen Formen zu erbringenden Prüfungen festlegen.

§ 2 Grundsätze für den Aufbau der Studiengänge

- (1) An der Hochschule Darmstadt beträgt die Regelstudienzeit für Bachelorstudiengänge sechs und für Masterstudiengänge vier Semester. In begründeten Fällen können die Besonderen Bestimmungen eines Studiengangs eine abweichende Regelung treffen. Bei konsekutiv aufeinander aufbauenden Studiengängen beträgt die gesamte Regelstudienzeit zehn Semester. Kürzere oder längere Regelstudienzeiten sind bei entsprechender studienorganisatorischer Gestaltung in Ausnahmefällen möglich.
- (2) Die Studienprogramme sind so einzurichten, dass bei einem Vollzeitstudium und regulärem Studienverlauf pro Studienjahr 60 CP und pro Semester im Mittel 30 CP erworben werden. Daraus ergibt sich für den in Absatz 1 genannten Regelfall eine Gesamtzahl von 180 CP oder 210 CP für Bachelorstudiengänge und von 120 CP oder 90 CP für Masterstudiengänge. In konsekutiv aufeinander aufbauenden Studiengängen werden insgesamt 300 CP erworben.
- (3) Um den Austausch oder die gemeinsame Nutzung von Modulen durch mehrere Studiengänge sowie den Transfer von Leistungen von und zu anderen hessischen Hochschulen zu erleichtern, sollen an der Hochschule Darmstadt Module mit 5 CP oder 7,5 CP oder einem Vielfachen von 5 CP eingerichtet werden; die Besonderen Bestimmungen können hiervon in begründeten Fällen abweichen.
- (4) Ein Modul erstreckt sich in der Regel über ein Semester. In begründeten Fällen können die Besonderen Bestimmungen auch Module über ein Jahr, bei Wahlpflichtmodulen auch über einen längeren Zeitraum, vorsehen.

- (5) Die Studienprogramme sind so einzurichten, dass interdisziplinäres Arbeiten, der Erwerb überfachlicher Kompetenzen, der Erwerb von Fremdsprachen und interkultureller Kompetenz, die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Fachgebiet und Berufsfeld sowie verantwortungsbewusstes Handeln im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat besonders gefördert werden. Die sich hieraus ergebenden überfachlichen Studienanteile sollen in einem Bachelorstudiengang 10 bis 15 %, in einem Masterstudiengang 5 bis 10 % des Studienaufwands umfassen und vorwiegend integriert in den Modulen vermittelt und in den Modulbeschreibungen verankert werden.
- (6) Die Forderung des Absatzes 5 wird an der Hochschule Darmstadt unter anderem durch ein sozial- und kulturwissenschaftliches Begleitstudium erfüllt; das Nähere regelt der Senat durch Satzung.
- (7) Für den Erwerb von üblicherweise in Schulen angebotenen Fremdsprachen auf Schulniveau sowie für Deutsch als Fremdsprache können in der Regel keine Credit Points im Rahmen der Pflicht- oder Wahlpflichtmodule eines Studiengangs der Hochschule Darmstadt vergeben werden.
- (8) Die internationale Mobilität der Studierenden soll gefördert werden durch ein Angebot fremdsprachlicher Lehrveranstaltungen, insbesondere in englischer Sprache, und durch die Möglichkeit, Teile des Studiums einschließlich der Praxismodule im Ausland zu absolvieren.
- (9) Die Besonderen Bestimmungen der einzelnen Studiengänge können ein Vorpraktikum als Zulassungsvoraussetzung fordern. Sie können auch festlegen, dass das Vorpraktikum bis zu einem bestimmten Zeitpunkt während des Studiums abgeleistet sein muss. Weitere Einzelheiten sind in den Besonderen Bestimmungen zu regeln. Das Vorpraktikum ist nicht Teil des Studiums. Es werden dafür keine Credit Points vergeben.
- (10) Sofern die besonderen Bestimmungen oder das Landesrecht nichts anderes festlegen, entspricht der Erwerb von 60 CP aus einem Studiengang dem Abschluss des Grundstudiums nach § 54 Absatz 3 HHG und führt damit zur fachgebundenen Hochschulreife.

ZWEITER ABSCHNITT: STUDIUM

§ 3 Studienbedingungen

- (1) Die Studierenden sollen zu eigenverantwortlicher, selbstständiger und problemorientierter Arbeit ausgebildet werden und individuell vertiefte Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben. Mit der Entwicklung neuer didaktischer Methoden soll hierbei die Arbeit in kleinen Gruppen besonders gefördert werden.
- (2) Die Modulbeschreibung kann die regelmäßige Anwesenheit in einer Lehrveranstaltung fordern. Diese Bedingung sowie das Verfahren bei entschuldigter oder unentschuldigter Nichtteilnahme ist den Studierenden zu Beginn der jeweiligen Lehrveranstaltung bekannt zu geben.
- (3) Form und Ablauf der Lehrveranstaltung einschließlich der voraussichtlichen Termine werden auf der Grundlage der Modulbeschreibung von den Lehrenden zu Beginn der Veranstaltung bekannt gegeben. Falls es der Charakter der Lehrveranstaltung erfordert, können weitere Voraussetzungen festgelegt werden, die erfüllt sein müssen, um eine erfolgreiche Teilnahme zu ermöglichen (z. B. durch Laborordnungen).
- (4) Veranstaltungen und Prüfungen finden in der Regel in der Zeit von Montag bis einschließlich Samstag statt.

§ 4 Lehr- und Lernformen

- (1) Lehrveranstaltungen können in den folgenden Formen durchgeführt werden:
 1. Vorlesung: Zusammenhängende Darstellung und Vermittlung von Grund- und Spezialwissen sowie methodischen Kenntnissen durch Vortrag, gegebenenfalls in Verbindung mit Demonstrationen oder Experimenten. Die Lehrenden entwickeln und vermitteln die Lehrinhalte unter Einbeziehung der Studierenden.
 2. Übung: Durcharbeitung und Vertiefung von Lehrstoffen sowie Schulung in der Fachmethodik und Vermittlung spezieller Fertigkeiten durch Bearbeitung und Besprechung exemplarischer Aufgaben. Die Zahl der Teilnehmer*innen ist in der Regel begrenzt.
 3. Seminar: Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse oder Bearbeitung aktueller Problemstellungen mit wissenschaftlichen Methoden durch überwiegend von den Studierenden vorbereitete Beiträge, Einüben der Arbeit

mit der Fachliteratur und sonstigen Informationsquellen, Erlernen und Einüben von Präsentations- und Diskussionstechniken. Die Zahl der Teilnehmer*innen ist begrenzt.

4. Laborpraktikum: Angeleitete Durchführung praktischer Aufgaben im experimentellen, apparativen und datenverarbeitungstechnischen Bereich, Schulung in der Anwendung wissenschaftlicher Untersuchungs- und Lösungsmethoden, Vermittlung von fachtechnischen Fertigkeiten und Einsichten in Funktionsabläufe. Die Zahl der Teilnehmer*innen ist begrenzt durch die jeweilige Laborkapazität.
 5. Projekt: Erarbeitung von Konzepten sowie Realisierung von Lösungen komplexer, praxisnaher Aufgabenstellungen im Team, Vermittlung sozialer Kompetenz durch weitgehend selbstständige Bearbeitung der Aufgabe durch die Gruppe bei gleichzeitiger fachlicher und arbeitsmethodischer Anleitung. Die Zahl der Teilnehmer*innen ist begrenzt und im Einzelfall von der jeweiligen Aufgabenstellung abhängig.
 6. Exkursion: Theoretisch vorbereiteter Anschauungsunterricht außerhalb der Hochschule
 7. Praxiserfahrung: Erfahrung berufspraktischen Arbeitens durch aktive Teilnahme, in der Regel in einem Betrieb außerhalb der Hochschule (Praxisstelle), unter Anleitung vor Ort und mit fachlicher und methodischer Begleitung durch eine*n Professor*in oder eine Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA). Die Praxiserfahrung wird ergänzt durch Ergebnissicherung, Auswertung und Reflexion, z. B. in Form eines schriftlichen Praxisberichts und/oder einer Präsentation.
 8. Abschlussarbeit: Selbstständig nach wissenschaftlichen oder gestalterischen Methoden und unter zeitlicher Befristung angefertigte Ausarbeitung über ein festgelegtes Thema, unter fachlicher und arbeitsmethodischer Betreuung gemäß § 22 Abs. 2
- (2) Die in Absatz 1 genannten Formen können in den Besonderen Bestimmungen durch weitere Lehrformen, insbesondere fachspezifische Lehrformen oder Lehrformen unter Verwendung elektronischer Medien (E-Learning), ergänzt werden. Es können mehrere Lehrformen in einer Lehrveranstaltung kombiniert werden.

§ 5 Pflicht- und Wahlpflichtmodule sowie Wahlfächer

- (1) Die Studienprogramme umfassen Pflicht- und Wahlpflichtmodule; dazu können individuell gewählte Wahlfächer außerhalb des jeweiligen Studienprogramms kommen.
- (2) Pflichtmodule sind die Module, die innerhalb eines Studiengangs oder einer Vertiefungsrichtung für die Studierenden verbindlich sind.
- (3) Wahlpflichtmodule sind Module, die die Studierenden nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen aus einem Wahlpflichtkatalog wählen, um so entsprechend ihren Neigungen individuell wählbare zusätzliche Kompetenzen zu erwerben. Die Wahlpflichtkataloge können sowohl komplette Module in dem in § 2 Absatz 3 geforderten Umfang enthalten, als auch kleinere Einheiten (Teilmodule), die von den Studierenden zu Modulen im geforderten Umfang kombiniert werden. In diesem Fall wird für das Wahlpflichtmodul ein Punktekonto geführt. Die Teilmodule werden getrennt abgeprüft und müssen jeweils für sich bestanden werden, vgl. § 9 Absatz 5. Teilmodule sind analog zu § 1 Absatz 7 zu beschreiben; für ein erfolgreich absolviertes Teilmodul werden aufgrund des studentischen Arbeitsaufwands nach Maßgabe der Modulbeschreibung Credit Points vergeben, die zunächst aber nur dem Punktekonto des Wahlpflichtmoduls gutgeschrieben werden.
- (4) Durch die freie Wahl der Module eines Wahlpflichtkatalogs im geforderten Umfang muss ein übergreifendes Lern- und Qualifikationsziel erreichbar sein, welches in den Besonderen Bestimmungen des Studiengangs zu beschreiben ist.
- (5) Wahlpflichtmodule (ggf. Teilmodule) sollen in einem solchen Umfang angeboten werden, dass nach Zahl und Inhalt eine ausreichende Wahlmöglichkeit gegeben ist; die Fachbereiche sind jedoch nicht verpflichtet, das gesamte in den Katalogen enthaltene Angebot regelmäßig zur Verfügung zu stellen. Der Fachbereichsrat kann die Wahlpflichtkataloge bei Bedarf anpassen; für neu angebotene Wahlpflichtmodule oder Teilmodule ist eine Modulbeschreibung anzufertigen. Der Prüfungsausschuss kann darüber hinaus im Einzelfall auf Antrag weitere Module als Wahlpflichtmodule oder Teilmodule anerkennen.
- (6) Ein Wahlpflichtmodul ist erfolgreich abgeschlossen, wenn auf seinem Punktekonto mindestens die im Studienprogramm für dieses Modul vorgesehene Zahl von Credit Points gutgeschrieben ist. In diesem Fall wird für das abgeschlossene Wahlpflichtmodul die im Studienprogramm vorgesehene Zahl von Credit Points vergeben; eventuell darüberhinausgehende Credit Points auf dem Punktekonto verfallen. Studierende, die in einem größeren Umfang Wahlpflichtmodule oder Teilmodule absolviert haben, als das Studienprogramm dies erfordert, können vor der Ausstellung des Abschlusszeugnisses frei wählen, welche Wahlpflichtmodule oder Teilmodule innerhalb des Regelumfangs in das Zeugnis aufgenommen und damit bei der Ermittlung der Gesamtnote berücksichtigt werden. Darüber

hinaus absolvierte Wahlpflichtmodule oder Teilmodule werden auf Antrag als Wahlfächer in das Abschlusszeugnis aufgenommen. Verfahren und Fristen für die Wahrnehmung der vorstehenden Entscheidungsmöglichkeiten durch die Studierenden werden von den Fachbereichen festgesetzt und bekannt gegeben.

- (7) Wahlfächer sind außerhalb des Studienprogramms von den Studierenden frei gewählte allgemeinbildende oder fachspezifische Lehrveranstaltungen, welche das jeweilige Studium erweitern oder vertiefen. Es kann sich dabei um komplette Module oder um Teile von Modulen handeln. Wahlfächer werden auf Antrag bescheinigt und mit Note oder dem Vermerk "mit Erfolg bestanden" in das Abschlusszeugnis aufgenommen. Für benotete Wahlfächer werden Credit Points mit dem Hinweis ausgewiesen, dass diese außerhalb des Studienprogramms erworben worden sind.

§ 6 Vertiefungsrichtungen

- (1) Die Besonderen Bestimmungen für einen Studiengang können vorsehen, dass die Studierenden während ihres Studiums eine oder mehrere Vertiefungsrichtungen aus einem vorgegebenen Katalog auswählen können. Die Einrichtung von Vertiefungsrichtungen soll die fachliche Profilierung der Studierenden innerhalb eines Studiengangs erleichtern. Die gewählten Vertiefungsrichtungen werden im Abschlusszeugnis vermerkt.
- (2) Das Studienprogramm einer Vertiefungsrichtung kann Pflichtmodule und/oder Wahlpflichtmodule enthalten, die aus einem oder mehreren Katalogen gemäß § 5 Absatz 3 zu wählen sind. Pflichtmodule einer Vertiefungsrichtung können für andere Vertiefungsrichtungen als Wahlpflichtmodule angeboten werden.
- (3) Die Besonderen Bestimmungen beschreiben Zeitpunkt, Verfahren und Fristen für die Wahl und den Wechsel der Vertiefungsrichtungen. Eine gewählte Vertiefungsrichtung darf höchstens einmal gewechselt werden. Dabei werden erfolgreich absolvierte Module ebenso wie Fehlversuche der alten Vertiefungsrichtung übernommen, wenn für das betreffende Modul in der neuen Vertiefungsrichtung als Pflicht- oder Wahlpflichtmodul Credit Points erworben werden können. Fehlversuche in Modulen, für die in der neuen Vertiefungsrichtung keine Credit Points erworben werden können, bleiben nach dem Wechsel unberücksichtigt.
- (4) Wenn eine zu geringe Nachfrage abzusehen ist, kann der Fachbereichsrat das Angebot einer Vertiefungsrichtung zeitweise oder dauernd aussetzen. Den Studierenden, welche das Studium in dieser Vertiefungsrichtung schon begonnen haben, ist der ordnungsgemäße Abschluss dieses Studiums zu ermöglichen.

§ 7 Praxismodule

- (1) Praxismodule sind ein wesentlicher Bestandteil des praxisorientierten Studiums an der Hochschule. In einem Praxismodul werden Zeiten der Praxiserfahrung (berufspraktische Phasen oder Projekte) durch vorbereitende, begleitende und nachbereitende Lehrveranstaltungen ergänzt. Jeder Studiengang an der Hochschule Darmstadt enthält mindestens ein Praxismodul; der gesamte Umfang der Praxismodule in einem Studiengang beträgt in der Regel zwischen 15 CP und 30 CP. Zueinander konsekutive Studiengänge müssen diese Bedingung insgesamt erfüllen.
- (2) Die Besonderen Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge legen Anzahl, zeitliche Lage, Dauer, Form und sonstige Ausgestaltung der Praxismodule fest. Aus den Modulbeschreibungen muss hervorgehen, welche Kompetenzen mit welchem Arbeitsaufwand in den Praxismodulen erworben werden.
- (3) Das Erreichen der Lern- und Qualifikationsziele eines Praxismoduls wird nach Maßgabe der Modulbeschreibungen geprüft und bewertet, in der Regel durch die Anfertigung eines schriftlichen Praxisberichts gemäß § 13 Absatz 3 oder einer Präsentation gemäß § 13 Absatz 5; die Kombination mehrerer Prüfungsformen ist möglich. Die Modulbeschreibung legt Umfang und Anforderungen fest.
- (4) Die Praxiserfahrung wird in der Regel in einem Betrieb oder einer sonstigen Praxisstelle außerhalb der Hochschule erworben. Die Studierenden werden während der Praxiserfahrung durch eine*n Professor*in oder eine andere nach § 18 Absatz 2 HHG prüfungsberechtigte Person betreut. Zur Organisation der Praxismodule setzen die Dekanate für jeden Studiengang eine*n Praxisbeauftragte*n ein.
- (5) Die Besonderen Bestimmungen legen für jeden Studiengang die Anforderungen fest, die an die Praxisstelle und die dort stattfindende Ausbildung gestellt werden. Zur Sicherung der Ausbildungsziele wird zwischen der oder dem Studierenden und dem Betrieb ein Vertrag abgeschlossen; ein Vertragsmuster ist den Besonderen Bestimmungen beizufügen.
- (6) Die Studierenden bleiben während der Praxiserfahrung an der Hochschule immatrikuliert.
- (7) Berufspraktische Tätigkeiten vor Studienbeginn können in der Regel nicht auf Praxismodule angerechnet werden. Über Ausnahmen entscheidet im Einzelfall der Prüfungsausschuss.

§ 8 Studienberatung

- (1) In Erfüllung von § 14 HHG organisiert die Hochschule für die Studierenden ein kontinuierliches Beratungs- und Betreuungsangebot durch allgemeine Studienberatung und Studienfachberatung. Das Nähere wird von der Hochschule durch Satzung geregelt.
- (2) Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass Studierende, welche sich nach einer festzulegenden Anzahl von Fachsemestern bestimmten Prüfungsleistungen noch nicht unterzogen oder eine bestimmte Anzahl von Credit Points noch nicht erreicht haben, zu einem Beratungsgespräch geladen werden. In diesem Gespräch werden unter Berücksichtigung der persönlichen Situation Prioritäten und Zeitziele für den weiteren Studienverlauf vereinbart, welche in einem von beiden Gesprächsteilnehmern unterzeichneten Protokoll festgehalten werden.

DRITTER ABSCHNITT: PRÜFUNGEN

§ 9 Arten der Leistungsnachweise (Prüfungen)

- (1) Während des Studiums sind studienbegleitende Leistungsnachweise als Prüfungsleistungen und gegebenenfalls Prüfungsvorleistungen zu erbringen, welche im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit den Lehrveranstaltungen der Module angeboten werden.
- (2) Prüfungsleistungen sind bewertete Leistungsnachweise, welche unter prüfungsgemäßen Bedingungen durchgeführt werden. Prüfungsleistungen in Pflichtmodulen sind nur beschränkt wiederholbar; für Wahlpflichtmodule können die Besonderen Bestimmungen ebenfalls eine beschränkte Anzahl von Wiederholungen festlegen, vgl. § 17 Absatz 7 Satz 3.
- (3) Prüfungsvorleistungen sind bewertete oder unbewertete Leistungsnachweise, welche während des Moduls zu erbringen sind und eine Voraussetzung für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung darstellen. Prüfungsvorleistungen können als Bestandteil eines Moduls definiert werden, wenn das didaktisch und fachlich angemessen ist.
- (4) Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung abgeschlossen, welche aus einer Prüfungsleistung in der Regel am Ende des Moduls, sowie gegebenenfalls nach Maßgabe der Modulbeschreibung aus Prüfungsvorleistungen besteht. Die Modulprüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung bestanden und sämtliche Prüfungsvorleistungen erbracht sind.
- (5) Wenn ein Wahlpflichtmodul gemäß § 5 Absatz 3 aus mehreren Teilmodulen besteht, so werden diese durch Modulteilprüfungen abgeschlossen, welche jeweils aus einer Prüfungsleistung sowie gegebenenfalls Prüfungsvorleistungen bestehen. Für bestandene Modulteilprüfungen werden nach Maßgabe der Modulbeschreibungen Credit Points auf dem Punktekonto des Wahlpflichtmoduls gutgeschrieben. Die Modulprüfung ist bestanden, wenn auf dem Konto mindestens die vom Studienprogramm für dieses Wahlpflichtmodul vorgesehene Anzahl von Credit Points angesammelt ist; eine Kompensation zwischen den Modulteilprüfungen ist nicht möglich.
- (6) Nach Bestehen der Modulprüfung werden die Credit Points für das Modul vergeben.
- (7) Die akademische Prüfung (Bachelorprüfung oder Masterprüfung) ist bestanden, wenn sämtliche Modulprüfungen der Pflichtmodule, die Modulprüfungen einer ausreichenden Anzahl von Wahlpflichtmodulen nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen sowie das Abschlussmodul nach § 23 Absatz 7 bestanden sind. Die akademische Prüfung ist an dem Tag abgeschlossen, an dem die letzte der erforderlichen Modulprüfungen einschließlich des Abschlussmoduls erfolgreich erbracht wurde.
- (8) Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob die oder der Studierende die für die Berufspraxis oder den Übergang zu einem Masterstudium notwendigen gründlichen Fachkenntnisse und die entsprechenden Kompetenzen erworben hat, die Zusammenhänge des Studiengabiets überblickt und die Fähigkeit besitzt, methodisch und selbstständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten.
- (9) Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die oder der Studierende die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden selbstständig anzuwenden und auf der Grundlage von vertieftem und/oder spezialisiertem Wissen im Studiengabiet auch Problemlösungen in neuen und unbekanntem Umfeldern finden kann.
- (10) Den Studierenden ist wenigstens einmal in jedem Semester Gelegenheit zu geben, die in den Pflichtmodulen geforderten Leistungsnachweise zu erbringen. Abweichend davon ist es zulässig, Leistungsnachweise, die nur in Zusammenhang mit der Durchführung einer Lehrveranstaltung erbracht werden können (z. B. Laborpraktika), einmal im Studienjahr anzubieten.

- (11) Studierende, die in vier aufeinander folgenden Studiensemestern keine in den Pflicht- oder Wahlpflichtmodulen ihres Studiengangs geforderten Leistungsnachweise erbringen, können aufgrund von § 59 Absatz 4 HHG exmatrikuliert werden.
- (12) Die Studiengänge sind so einzurichten, dass pro Semester im Mittel nicht mehr als sechs Modulprüfungen im Sinne von Absatz 4 oder Modulteilprüfungen im Sinne von Absatz 5 abzulegen sind.

§ 10 Formen der Leistungsnachweise

- (1) Prüfungsleistungen können nach Maßgabe der Modulbeschreibungen in einer der folgenden Formen erbracht werden:
 - mündliche Prüfung gemäß § 11
 - schriftliche Klausurprüfung gemäß § 12
 - praktische Prüfung gemäß § 13 Absatz 1
 - Studienarbeit gemäß § 13 Absatz 2
 - Hausarbeit, Praxisbericht, Projektbericht gemäß § 13 Absatz 3
 - Referat, Präsentation gemäß § 13 Absatz 5
 - Kolloquium gemäß § 13 Absatz 6
- (2) In begründeten Fällen können die Modulbeschreibungen Kombinationen mehrerer Prüfungsformen oder andere Prüfungsformen vorsehen, wenn vom Verfahren und von den Anforderungen prüfungsgemäße Bedingungen herrschen. Die konkrete Ausgestaltung der Prüfungsformen nach Abs. 1 ist in den folgenden §§ 11 – 13 geregelt.
- (3) In den Modulbeschreibungen können je Modul bis zu zwei, in didaktisch begründeten Fällen bis zu drei Prüfungsformen genannt werden, sofern diese in ihren Bedingungen (wie Vorbereitungszeit und Niveau der Prüfung) gleichwertig sind. Zu jeder Prüfungsform ist die Prüfungsdauer anzugeben. Sind mehrere Prüfungsformen genannt, wird die Prüfungsform des jeweiligen Prüfungstermins von der/dem Prüfer*in festgelegt und den Studierenden bei Beginn des (Teil-)Moduls in Textform oder elektronisch mitgeteilt. In gleicher Weise ist die Bearbeitungszeit bzw. Dauer der Prüfungsleistung bei Beginn des (Teil-)Moduls bekannt zu geben. Die Modulbeschreibungen sollen eine ausgewogene Mischung der unterschiedlichen Prüfungsformen ausweisen.
- (4) Prüfungsvorleistungen können in einer oder mehreren der folgenden Formen erbracht werden:
 - Bearbeitung von Übungs-, Entwicklungs- oder Gestaltungsaufgaben
 - Durchführung von Laborversuchen
 - Durchführung von Projekten
 - Erstellung von Rechnersoftware
 - Recherche, Literaturbericht, Dokumentation
 - Laborbericht, Arbeitsbericht, Protokoll
 - Seminarvortrag, Referat, Präsentation
 - Hausarbeit (Bearbeitung von Aufgaben- oder Fragestellungen, Einzelthemen)
 - Fachgespräch
 - Klausurarbeit, Test

Die Formen dieser Leistungsnachweise werden, soweit sie nicht durch die Modulbeschreibungen vorgegeben sind, von den jeweils verantwortlichen Lehrenden festgelegt und den Studierenden in Textform oder in elektronischer Form rechtzeitig mitgeteilt. Den Studierenden kann eine Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Formen gegeben werden. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht jedoch nicht. Weitere fachspezifische Formen sind möglich.

- (5) Bei bewerteten Leistungsnachweisen, die als Gruppenarbeiten erbracht werden, muss eine individuelle Bewertung möglich sein.
- (6) Die Besonderen Bestimmungen oder die Modulbeschreibungen können festlegen, dass das Nichteinhalten von Bearbeitungszeiten bei Prüfungsvorleistungen zu Notenabzügen oder zum Nichtbestehen des Leistungsnachweises führt; die Studierenden sind auf eine solche Regelung hinzuweisen.
- (7) Für unbewertete Prüfungsvorleistungen müssen Leistungen in einer oder mehreren der vorstehenden Formen erbracht werden. Genügen diese den zuvor bekanntzugebenden Anforderungen, so wird die Prüfungsvorleistung als "mit Erfolg abgelegt" bescheinigt. Für die bloße Teilnahme an einer Lehrveranstaltung kann kein Leistungsnachweis bescheinigt werden.
- (8) Macht die zu prüfende Person glaubhaft, dass sie wegen einer länger dauernden oder ständigen gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, einen Leistungsnachweis ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, ist auf Antrag zu gestatten, dass die Leistung mit einer verlängerten Bearbeitungszeit oder eine gleichwertige

Leistung in anderer Form erbracht wird. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attests, in begründeten Zweifelsfällen auch eines amtsärztlichen Attests, gefordert werden.

- (9) Über einen weitergehenden Nachteilsausgleich in Fällen von Mutterschutz, Familienzeit, Erkrankung von betreuungsbedürftigen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen entscheidet im Einzelfall und auf Antrag der Prüfungsausschuss.

§ 11 Mündliche Prüfungen

- (1) Durch die mündliche Prüfung soll die zu prüfende Person nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennt und spezielle Fragestellungen vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge zu beantworten vermag. Ferner kann festgestellt werden, ob die zu prüfende Person über das für das Verständnis des Prüfungsgebiets erforderliche Fachwissen verfügt.
- (2) Mündliche Prüfungen werden vor einer/einem Prüfer*in in Gegenwart einer sachkundigen beisitzenden Person abgelegt. Vor der Festlegung der Note hört die prüfende Person die beisitzende Person an. Bei Prüfungen über ein größeres Stoffgebiet können sich zwei oder mehrere Personen in Prüfung und Beisitz abwechseln. Bei mehreren Prüfer*innen werden die Einzelbewertungen gemittelt, wobei eine Gewichtung mit dem studentischen Arbeitsaufwand laut Modulbeschreibung für die geprüften Teilgebiete durchzuführen ist; anschließend wird auf den nächsten nach § 15 Absatz 1 zulässigen Notenwert gerundet. Wenn sich ein Mittel von mehr als 4,0 vor der Rundung ergibt, ist die Prüfung nicht bestanden.
- (3) Mündliche Prüfungen finden als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung mit bis zu fünf zu prüfenden Studierenden statt. Sie dauern für jede zu prüfende Person zwischen 15 und 45 Minuten. Die wesentlichen Prüfungsgegenstände und Ergebnisse werden durch die beisitzende Person stichwortartig in einem Protokoll festgehalten. Die Bewertung der Prüfung wird der zu prüfenden Person nach erfolgter Beratung unverzüglich bekannt gegeben und begründet. Das Protokoll mit der Prüfungsnote wird von der/dem Prüfer*in sowie der beisitzenden Person unterzeichnet.
- (4) Mit Einverständnis der zu prüfenden Person können Studierende desselben Studiengangs nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse bei der mündlichen Prüfung, ausgenommen bei der Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, zuhörend zugelassen werden. Dies gilt nicht für Studierende, die im selben Semester für die betreffende Prüfung angemeldet sind.

§ 12 Schriftliche Klausurprüfungen

- (1) Durch die schriftliche Klausurprüfung soll die zu prüfende Person insbesondere nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den Methoden des Fachs ein Problem erfassen und lösen kann. Weiterhin kann festgestellt werden, ob die zu prüfende Person über notwendiges Fachwissen verfügt. Schriftliche Klausurprüfungen dürfen Multiple-Choice-Aufgaben im Umfang von maximal 50 % enthalten. Die zugelassenen Hilfsmittel sind den Studierenden rechtzeitig für die Vorbereitung bekannt zu geben. Die Bearbeitungszeit der Klausuren beträgt zwischen 60 und 180 Minuten. Teilnehmende an Klausuren müssen sich durch Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises und des Studenausweises ausweisen können. Die schriftliche Klausurprüfung kann auch ganz oder teilweise in elektronischer Form abgenommen werden. Datenschutzrechtliche Regelungen sind einzuhalten. Die vorstehenden Bestimmungen gelten sinngemäß auch für Klausuren, die Prüfungsvorleistungen sind.
- (2) Bei Klausurprüfungen ist im Regelfall die Bewertung durch eine/n Prüfer*in nach § 18 Absatz 2 HHG ausreichend. Abweichend hiervon werden nicht bestandene zweite Wiederholungen von Klausurprüfungen gemäß § 18 Absatz 3 HHG vor der mündlichen Ergänzungsprüfung nach § 17 Absatz 6 von einer/einem zweiten Prüfer*in bewertet.
- (3) Das Ergebnis der Bewertung soll spätestens vier Wochen nach dem Klausurtermin durch Aushang bekannt gemacht werden, wobei die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten sind. Der Aushang ist zu datieren und aktenkundig zu machen. Eine Bekanntgabe in dokumentensicherer elektronischer Form ist ebenfalls möglich. Sollte sich die Bewertung länger als vier Wochen hinauszögern, so darf den Studierenden daraus kein Nachteil entstehen.

§ 13 Weitere Prüfungsformen

- (1) Bei einer praktischen Prüfung erfüllt die zu prüfende Person eine vorgegebene praktische Aufgabe selbstständig mit den zugelassenen Hilfsmitteln unter Aufsicht innerhalb einer vorgegebenen Zeit.

- (2) Bei einer Studienarbeit wird eine Untersuchungs-, Entwicklungs-, Gestaltungs-, Programmier- oder sonstige Aufgabe mit offenem Lösungsweg zum Nachweis selbstständigen Arbeitens und kreativer Fähigkeiten gestellt, wobei sich die Ausführung wegen der umfassenden Aufgabenstellung über einen längeren Zeitraum erstreckt und ohne ständige Aufsicht erfolgt. Wenn die Arbeit nicht persönlich abgegeben wird, trägt die zu prüfende Person die damit verbundenen Risiken.
- (3) Bei einer Hausarbeit ist ein eng umrissenes Thema oder eine Aufgabenstellung selbstständig und unter Angabe der verwendeten Hilfsmittel schriftlich zu bearbeiten; das Entsprechende gilt für einen Praxis- oder einen Projektbericht. Wenn die Arbeit nicht persönlich abgegeben wird, trägt die zu prüfende Person die damit verbundenen Risiken.
- (4) Eine nicht bestandene letzte mögliche Wiederholung einer Prüfungsleistung nach den Absätzen 1 bis 3 ist wie im Falle einer Klausurarbeit durch zwei Prüfer*innen zu bewerten. Bei Prüfungsleistungen, die nicht unter Aufsicht erfolgen, ist von der zu prüfenden Person eine schriftliche Erklärung abzugeben, dass sie oder er die Arbeit selbstständig erstellt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat (Empfehlung siehe Anlage 4).
- (5) Bei einem Referat stellt die zu prüfende Person eigene oder fremde Arbeitsergebnisse auf wissenschaftlicher Grundlage im Wesentlichen mündlich vor, wobei Nachfragen seitens des/der Prüfer*in oder im Rahmen einer Diskussion möglich sind. Eine Präsentation wird darüber hinaus in stärkerem Maße durch visuelle oder sonstige Medien oder durch Demonstrationen unterstützt. Im Falle einer letzten möglichen Wiederholung ist ein Referat oder eine Präsentation durch zwei Prüfer*innen zu bewerten.
- (6) Bei einem Kolloquium wird ein einleitendes Referat der zu prüfenden Person durch eine eingehende Befragung in der Art einer mündlichen Prüfung ergänzt, wobei seitens der Prüfer*innen auch Fragen gestellt werden können, die das Thema in einen größeren Zusammenhang einordnen. Sofern die Besonderen Bestimmungen nichts anderes vorsehen, gelten die Regelungen des § 11 sinngemäß.

§ 14 Anmeldung und Zulassung zu den Prüfungen

- (1) Einen Rechtsanspruch (siehe Glossar, Anlage 6) auf das Ablegen einer Modulprüfung oder Modulteilprüfung eines Studiengangs hat nur, wer an der Hochschule Darmstadt in diesem Studiengang immatrikuliert ist, den Prüfungsanspruch nicht verloren hat und die Voraussetzungen für die Teilnahme an dem Modul erfüllt. Für die Teilnahme an einer Prüfungsleistung müssen die in der Modulbeschreibung geforderten Prüfungsvorleistungen erfolgreich abgelegt und die weiteren Voraussetzungen für die Prüfungsteilnahme erfüllt sein. Fachspezifische Voraussetzungen für die Prüfungsteilnahme sind in den Besonderen Bestimmungen oder in den Modulbeschreibungen festzulegen.
- (2) Prüfungen können nur nach vorheriger Anmeldung und Zulassung abgelegt werden. Für Wiederholungsprüfungen gemäß § 17 Absatz 4 erfolgt die Anmeldung von Amts wegen (Pflichtanmeldung). Abweichend hiervon können die Besonderen Bestimmungen festlegen, dass sich die Studierenden auch für Wiederholungsprüfungen selbst anmelden. Die Zeiträume für die Anmeldungen sowie die Prüfungstermine werden rechtzeitig durch Aushang oder auf andere Weise bekannt gegeben. Die Anmeldung erfolgt schriftlich oder nach dem jeweils aktuellen Stand der Prüfungswesen unterstützenden Technik. Falls erforderlich, ist das Vorliegen von Prüfungsvorleistungen und sonstigen Voraussetzungen im Zuge der Anmeldung durch die zu prüfende Person nachzuweisen. Verfahren und Fristen werden durch die Besonderen Bestimmungen geregelt.
- (3) Bei der Anmeldung wird das Vorliegen der geforderten Prüfungsvorleistungen und der sonstigen Voraussetzungen überprüft. Bei Vorliegen aller Voraussetzungen ist der zu prüfenden Person in geeigneter Weise mitzuteilen, dass sie zu der Prüfungsleistung zugelassen ist.
- (4) Eine Abmeldung ist ohne Angabe von Gründen möglich, sofern der Prüfungstermin für die zu prüfende Person nicht aufgrund einer anderen Regelung bindend ist. Die Abmeldung erfolgt schriftlich oder nach dem jeweils aktuellen Stand der das Prüfungswesen unterstützenden Technik. Der Empfang der Abmeldeerklärung wird der zu prüfenden Person bestätigt. Das Verfahren wird durch die Besonderen Bestimmungen geregelt. Die Rücktrittsfrist endet zwei Kalendertage, bei mündlichen Prüfungen (z.B. Prüfungen gem. § 11 oder Fachgesprächen) sieben Kalendertage vor dem Prüfungstag, sofern die Besonderen Bestimmungen keine kürzere Frist festgelegt haben. Bei Prüfungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken (z.B. Hausarbeiten, Projekte) endet die Rücktrittsfrist sieben Kalendertage nach Ausgabe der Aufgabenstellung, sofern die Besonderen Bestimmungen keine längere Frist festgelegt haben.
- (5) Prüfungsrechtlich verbindliche Mitteilungen und Nachrichten können auch über die studentischen E-Mailadressen der Hochschule Darmstadt oder das Online-Benutzerkonto übermittelt werden.

§ 15 Bewertung der Leistungsnachweise, Modulnoten und Gesamtnote

- (1) Für die Bewertung von einzelnen Leistungsnachweisen (Prüfungsleistungen und Prüfungsvorleistungen) sind die folgenden Noten zu verwenden:

1 = sehr gut – eine Leistung, die erheblich über den Anforderungen liegt

2 = gut – eine Leistung, die über den Anforderungen liegt

3 = befriedigend – eine Leistung, die den Anforderungen entspricht

4 = ausreichend – eine Leistung, die den Mindestanforderungen genügt

5 = nicht ausreichend – eine Leistung, die den Mindestanforderungen nicht genügt

Zur differenzierten Bewertung der einzelnen Leistungsnachweise einschließlich der Abschlussarbeit und des Kolloquiums können die vorgenannten Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder verringert werden; die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen. Im Sinne einer einheitlichen Notengebung ist diese differenzierte Bewertung in der Regel zu verwenden.

- (2) Bei der Bildung von gewichteten Mittelwerten (siehe Glossar) aus den Noten von mehreren Prüfungen sind die mit dem jeweiligen Gewichtungsfaktor multiplizierten Zahlennoten zu summieren und anschließend durch die Summe der Gewichtungsfaktoren zu dividieren. Vom Ergebnis wird nur die erste Nachkommastelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (3) In einem Modul ohne bewertete Prüfungsvorleistungen ergibt sich die Modulnote unmittelbar aus der Note der Prüfungsleistung. In Modulen mit bewerteten Prüfungsvorleistungen kann die Modulbeschreibung festlegen, dass die Modulnote durch gewichtete Mittelwertbildung nach Absatz 2 aus den Noten der Prüfungsleistung und der Prüfungsvorleistung oder der Prüfungsvorleistungen berechnet wird. Die Gewichte sind in der Modulbeschreibung festzulegen, wobei das relative Gewicht der Prüfungsleistung in der Regel zwei Drittel beträgt. Sowohl die Prüfungsvorleistungen als auch die Prüfungsleistung müssen einzeln mindestens mit der Note 4 bestanden werden.
- (4) Wenn ein Wahlpflichtmodul gemäß § 9 Absatz 5 aus mehreren Teilmodulen besteht, so werden zunächst die Noten der Teilmodule so ermittelt wie in Absatz 2 für die Modulnote beschrieben. Jedes Teilmodul muss für sich bestanden werden. Die Modulnote ergibt sich durch gewichtete Mittelung der Noten der Teilmodule gemäß Absatz 2, wobei die den Teilmodulen zugeordneten Credit Points als Gewichtungsfaktoren dienen. Wenn bei der Bildung der Modulnote auf dem Konto des Wahlpflichtmoduls mehr Credit Points angesammelt sind, als für dieses Modul laut Studienprogramm vorgesehen sind, wird das am schlechtesten bewertete Teilmodul nur mit den zur Erreichung der vorgesehenen Punktezahl benötigten Credit Points bei der Berechnung der Modulnote gewichtet.
- (5) In Zeugnissen und sonstigen Bescheinigungen wird die Bewertung eines Moduls aufgrund der nach Absatz 3 oder 4 ermittelten Modulnote wie folgt wiedergegeben:

1,0 bis 1,5 - sehr gut

1,6 bis 2,5 - gut

2,6 bis 3,5 - befriedigend

3,6 bis 4,0 - ausreichend.

Zusätzlich wird in Klammern die Modulnote als Zahlennote mit einer Nachkommastelle angegeben. Das Nichtbestehen eines Moduls kann durch Angabe der Zahlennote 5,0 bescheinigt werden.

- (6) Aus den nach Absatz 3 oder 4 auf eine Nachkommastelle ermittelten Modulnoten wird nach Abschluss des Studiums ein gewichteter Mittelwert berechnet, wobei jede Modulnote mit der dem Modul zugeordneten Zahl von Credit Points zu gewichten ist. Die Besonderen Bestimmungen können festlegen, dass die berufspraktischen Phasen anders gewichtet werden können. Sie können ebenfalls festlegen, dass das Abschlussmodul gemäß § 21 bei einem Bachelorstudiengang mit einem höheren Gewicht in die Rechnung eingeht, als der Zahl der für dieses Modul vergebenen Credit Points entspricht; der Anteil des Abschlussmoduls am Gesamtgewicht darf dadurch jedoch 20 % nicht übersteigen. Der Mittelwert bis einschließlich zur ersten Nachkommastelle bildet die Gesamtnote der akademischen Prüfung; alle weiteren Stellen werden dabei ohne Rundung gestrichen. Aus der so ermittelten Zahlennote ergibt sich die nachstehende Gesamtbewertung der akademischen Prüfung:

1,0 bis 1,2 - mit Auszeichnung bestanden

1,3 bis 1,5 - sehr gut bestanden

1,6 bis 2,5 - gut bestanden

2,6 bis 3,5 - befriedigend bestanden

3,6 bis 4,0 - bestanden

Zusätzlich wird in Klammern die Gesamtnote als Zahlennote mit einer Nachkommastelle angegeben.

- (7) Der gemäß Absatz 6 berechnete Mittelwert bis einschließlich zur zweiten Nachkommastelle und mit Streichung der weiteren Stellen wird für die Ermittlung des ECTS-Grades gemäß § 26 Absatz 2 verwendet.
- (8) Werden Leistungen von zwei Prüfer*innen bewertet und ergibt sich dabei zum einen bestanden und zum anderen nicht bestanden, so wird vom Prüfungsausschuss ein*e dritte*r Prüfer*in im Sinne von § 28 Absatz 1 bestellt, die oder der die Leistung innerhalb von zwei weiteren Wochen ein drittes Mal bewertet. Falls die Leistung daraufhin von zwei Prüfer*innen mit nicht bestanden bewertet wird, ist die Leistung nicht bestanden. Sonst ergibt sich die Note aus dem Mittelwert aller drei Bewertungen. Falls dieser Mittelwert nicht bestanden ergibt, wird die Note 4,0 vergeben.

§ 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet, wenn die zu prüfende Person einen für sie bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder von einer Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt, oder wenn eine Klausurprüfung oder eine Prüfung nach § 13 Absatz 1 bis 3 aus einem von der zu prüfenden Person zu vertretenden Grund nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Eine Prüfung gilt mit der Ausgabe der Aufgabenstellung als angetreten.
- (2) Der für das Versäumnis, den Rücktritt oder das Nichteinhalten der Bearbeitungszeit geltend gemachte Grund muss dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Im Falle des Rücktritts oder des Nichteinhaltens der Bearbeitungszeit ist der Grund zunächst der aufsichtführenden Person mitzuteilen und wird von dieser in den Prüfungsakten vermerkt. Im Krankheitsfall ist unverzüglich ein ärztliches Attest unter Angabe der voraussichtlichen Dauer der Prüfungsunfähigkeit einzuholen und vorzulegen (Empfehlung siehe Anlage 5). In begründeten Zweifelsfällen kann die Hochschule ein amtsärztliches Attest einfordern. Wird der geltend gemachte Grund anerkannt und die Prüfungsunfähigkeit seitens der Hochschule festgestellt, so wird ein neuer Prüfungstermin bestimmt; bereits erbrachte Leistungen können berücksichtigt werden. Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der zu prüfenden Person unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (3) Versucht die zu prüfende Person, das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfung mit "nicht ausreichend" (Note 5) bewertet. Wenn eine Prüfungsarbeit gemäß § 13 Absätze 1 bis 3 nicht selbständig erstellt wurde, oder dabei Quellen oder Hilfsmittel verwendet wurden, die nicht als solche gekennzeichnet sind (Plagiat), gilt dies als Täuschung. Im Falle eines mehrfachen oder schwerwiegenden Täuschungsversuchs kann die zu prüfende Person aufgrund von § 18 Absatz 4 HHG nach vorheriger Anhörung durch die Leitung des Prüfungsamts von weiteren Prüfungen ausgeschlossen und exmatrikuliert werden.
- (4) Wer den ordnungsgemäßen Verlauf einer Prüfung stört, kann von der/dem Prüfer*in oder der Aufsicht führenden Person von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In schwerwiegenden Fällen kann die zu prüfende Person durch die Leitung des Prüfungsamts nach vorheriger Anhörung aufgrund von § 59 Absatz 3 HHG mit Ordnungsmaßnahmen belegt oder exmatrikuliert werden.
- (5) Entscheidungen nach den Absätzen 3 und 4 sind der zu prüfenden Person durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 17 Wiederholung von Leistungsnachweisen

- (1) Bestandene Leistungsnachweise (Prüfungsvorleistungen oder Prüfungsleistungen) können nicht wiederholt werden.
- (2) Nicht bestandene oder als nicht bestanden geltende Prüfungsleistungen in Pflichtmodulen können zweimal in der jeweils in der Modulbeschreibung vorgesehenen Form wiederholt werden, mit Ausnahme der Abschlussarbeit und des Kolloquiums zur Abschlussarbeit, welche nur einmal wiederholt werden können.
- (3) Fehlversuche aus Leistungsnachweisen gemäß § 19 Absatz 1 sind zu übernehmen. Für die Anerkennung von Leistungsnachweisen gelten die in § 19 niedergelegten Grundsätze.
- (4) Die Wiederholung einer nicht bestandenen oder einer als nicht bestanden geltenden Prüfungsleistung ist spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des folgenden Semesters abzulegen. Wenn die Prüfungsleistung aufgrund von § 9 Absatz 10 letzter Satz nur im Jahresrhythmus angeboten wird, ist die Wiederholung spätestens im Rahmen der Prü-

fungstermine des folgenden Jahres abzulegen. Tritt die zu prüfende Person nicht fristgemäß zur Wiederholungsprüfung an, so gilt dies als nicht bestandener Prüfungsversuch, sofern für das Versäumnis kein triftiger Grund geltend gemacht werden kann; § 16 Absatz 2 findet sinngemäße Anwendung.

- (5) Abweichend von Absatz 4 können die Besonderen Bestimmungen Regelungen enthalten, welche die vorgenannten Wiederholungsfristen in begrenztem Umfang erweitern.
- (6) Ergibt die Bewertung, dass auch die zweite Wiederholungsprüfung nicht bestanden ist, so ist eine mündliche Ergänzungsprüfung durchzuführen. Die Fachbereiche können in ihren Besonderen Bestimmungen die Anzahl der mündlichen Ergänzungsprüfungen für jeden Studiengang beschränken, wobei mindestens zwei mündliche Ergänzungsprüfungen zu gewährleisten sind. Die mündliche Ergänzungsprüfung wird nach folgenden Maßgaben durchgeführt:
 1. Die mündliche Ergänzungsprüfung muss innerhalb einer Frist von acht Wochen nach Bekanntgabe des Klausurergebnisses durchgeführt werden.
 2. In der mündlichen Ergänzungsprüfung muss die zu prüfende Person nachweisen, dass sie die Lern- und Qualifikationsziele des Moduls in mindestens ausreichendem Maße im Sinne von § 15 Absatz 1 erreicht.
 3. Ergebnis der mündlichen Ergänzungsprüfung kann ausschließlich die Note 4,0 oder „nicht bestanden“ sein.Das weitere Verfahren ergibt sich aus § 11 Absatz 1 bis 3; Gruppenprüfungen sind ausgeschlossen. Die Besonderen Bestimmungen oder die Modulbeschreibungen können auch bei Prüfungsleistungen nach § 13 eine mündliche Ergänzungsprüfung vorsehen, wenn eine solche zur endgültigen Feststellung, ob die Lern- und Qualifikationsziele des Moduls in ausreichendem Maße erreicht sind, geeignet ist. Wenn die Klausurprüfung aufgrund von § 16 Absatz 1, 3 oder 4 als nicht bestanden gewertet wird, ist die mündliche Ergänzungsprüfung ausgeschlossen.
- (7) Eine nicht bestandene Modulprüfung oder Modulteilprüfung in einem Wahlpflichtmodul kann beliebig oft wiederholt werden; alternativ kann die für das Bestehen des Wahlpflichtmoduls erforderliche Punktezahl durch andere Module oder Teilmodule desselben Wahlpflichtkatalogs erworben werden. Fehlversuche aus Wahlpflichtmodulen können nicht zum endgültigen Nichtbestehen nach § 18 führen. Die Besonderen Bestimmungen können hiervon abweichende Regelungen treffen.

§ 18 Endgültiges Nichtbestehen

- (1) Eine Modulprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die letzte mögliche Wiederholungsprüfung des Moduls nach § 17 Absatz 2 nicht bestanden wird und die mündliche Ergänzungsprüfung zu dem Ergebnis führt, dass die Lern- und Qualifikationsziele des Moduls nicht erreicht wurden, oder wenn die zu prüfende Person den festgesetzten Termin für die mündliche Ergänzungsprüfung ohne triftigen Grund versäumt, oder wenn die mündliche Ergänzungsprüfung aufgrund von § 17 Absatz 6 letzter Satz ausgeschlossen ist.
- (2) Wird eine Modulprüfung in einem Pflichtmodul des gewählten Studiengangs endgültig nicht bestanden, ist die akademische Prüfung (Bachelor- oder Masterprüfung) insgesamt nicht bestanden. Die/der Studierende ist in diesem Fall aufgrund von § 59 Absatz 2 Ziffer 6 HHG zu exmatrikulieren. Auf Antrag wird eine schriftliche Bescheinigung erteilt, welche die erfolgreich erbrachten Module und Teilmodule mit Noten und den erworbenen Credit Points enthält und erkennen lässt, dass die akademische Prüfung endgültig nicht bestanden wurde.

§ 19 Anerkennung von Leistungsnachweisen und nachgewiesenen Kompetenzen

- (1) Leistungsnachweise aus modularisierten und nicht modularisierten Studiengängen (Module, Studien- und Prüfungsleistungen und Praxisphasen), die an einer Hochschule in Deutschland oder im Ausland erlangt wurden, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden sollen. Dabei sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften und Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten. Bei einem Antrag auf Anerkennung von hochschulischen Kompetenzen bzw. auf Anrechnung von außerhochschulischen Kompetenzen liegt die Beweislast dafür, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt werden, bei der Hochschule (vgl. Lissabon-Konvention Art. III). Auch nachgewiesene Kompetenzen, die außerhalb eines Studiengangs erworben wurden, können auf Antrag anerkannt werden, sofern sie nach Niveau und Inhalt gleichwertig mit der zu ersetzenden Leistung sind.

- (2) Im Falle von Studierenden ausländischer Hochschulen, die einen Teil ihres Studiums an der Hochschule Darmstadt absolvieren, ist ein mit den Studierenden abgeschlossener Studienvertrag ("learning agreement") zu beachten.
- (3) Eine Anrechnung als Pflichtmodul erfolgt unter dem Namen des Pflichtmoduls des Studiengangs an der Hochschule Darmstadt; dabei werden Credit Points in dem Umfang angerechnet, den das Modul in dem Studiengang an der Hochschule Darmstadt hat.
- (4) Als Voraussetzung für die Anerkennung kann eine ergänzende Prüfung gefordert werden, insbesondere wenn die bisher erworbenen Kompetenzen in wichtigen Teilbereichen unvollständig sind und für das Modul im früheren Studiengang eine deutlich geringere Anzahl von Credit Points vergeben wurde als im Studiengang an der Hochschule Darmstadt anzurechnen sind. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (5) Es besteht kein Rechtsanspruch (siehe Glossar, Anlage 6) auf die Anerkennung von Teilleistungen aus nicht abgeschlossenen Modulen.
- (6) Bei Fach- oder Hochschulwechsel erfolgt auf der Grundlage der Anerkennung die Einstufung in ein Fachsemester des Studiengangs an der Hochschule Darmstadt.
- (7) Das Nähere regelt der Senat in der Anerkennungssatzung der Hochschule Darmstadt.

§ 20 Einstufungsprüfung

- (1) Wer eine Hochschulzugangsberechtigung nach § 54 HHG besitzt und die im Hochschulstudium zu erwerbenden besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise erworben hat, kann eine Zulassung zur Einstufungsprüfung in einen Studiengang nach § 23 HHG beantragen. Der Prüfungsausschuss entscheidet aufgrund der eingereichten Unterlagen über die Zulassung.
- (2) Wird dem Antrag stattgegeben, so legt der Prüfungsausschuss im Einzelfall fest, in welchen Fächern und in welcher Form die Prüfung abzulegen ist und welche weiteren Leistungsnachweise zu erbringen sind. Gleichzeitig wird festgelegt, welche Module aufgrund der bestandenen Einstufungsprüfung angerechnet werden und wie die Bewertung hierfür ermittelt wird.
- (3) Bei erfolgreicher Einstufungsprüfung erfolgt auf der Grundlage der angerechneten Module die Einstufung in ein Fachsemester des Studiengangs.

VIERTER ABSCHNITT: ABSCHLUSS DES STUDIUMS

§ 21 Abschlussmodul

- (1) Das Abschlussmodul umfasst als zentralen Bestandteil die Abschlussarbeit (Bachelorarbeit bzw. Masterarbeit) mit Kolloquium sowie gegebenenfalls weitere Lehrveranstaltungen nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen. Das Abschlussmodul in Bachelorstudiengängen an der Hochschule Darmstadt hat einen Umfang von 15 CP, wovon 12 CP auf die Bachelorarbeit und 3 CP auf die begleitenden Lehrveranstaltungen sowie die Vorbereitung des Kolloquiums entfallen. Das Abschlussmodul in Masterstudiengängen hat einen Umfang von 30 CP.
- (2) Das Abschlussmodul beginnt mit der Zulassung zur Abschlussarbeit und endet mit dem Kolloquium. Die begleitenden Lehrveranstaltungen können unbewertete Prüfungsvorleistungen enthalten, welche vor dem Antritt zum Kolloquium nachgewiesen werden müssen.
- (3) Die Besonderen Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge können in begründeten Fällen fachspezifische Regelungen für das Abschlussmodul vorsehen, die von den Absätzen 1 und 2 abweichen.

§ 22 Abschlussarbeit

- (1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass die zu prüfende Person fähig ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem jeweiligen Fach selbstständig nach wissenschaftlichen oder gestalterischen Methoden zu bearbeiten.
- (2) Bei der Anfertigung der Abschlussarbeit wird die zu prüfende Person durch eine*n Referent*in betreut. Die Prüfung der Arbeit erfolgt in der Regel durch die/den Referent*in sowie Korreferent*in. Beide Personen müssen gemäß § 18

Abs. 2 HHG i.V. mit § 28 Abs. 1 ABPO prüfungsberechtigt sein und mindestens eine dieser Personen muss der Professor*innengruppe angehören.

- (3) Die Studierenden melden sich zur Abschlussarbeit beim Prüfungsausschuss oder bei einer von ihm bestimmten Person an. Die Besonderen Bestimmungen legen fest, welche Module oder welcher Umfang an erbrachten Credit Points bei der Anmeldung nachzuweisen sind und zu welchem Zeitpunkt diese bei regulärem Studienverlauf erfolgen soll. Bei der Anmeldung kann die zu prüfende Person eine*n Referent*in und ein mit dieser oder diesem zuvor abgesprochenes Thema vorschlagen; der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Die Besonderen Bestimmungen können weitere Modalitäten für die Anmeldung zur Abschlussarbeit einschließlich bestimmter Anmelde- und Ausgabetermine festlegen.
- (4) Wenn die Voraussetzungen für die Anmeldung erfüllt sind, wird die zu prüfende Person zur Abschlussarbeit zugelassen. Der Prüfungsausschuss bestimmt eine*n Referent*in und legt mit deren oder dessen Einverständnis den Zeitpunkt der Ausgabe, die Bearbeitungszeit sowie das vorläufige Arbeitsthema fest; das Thema kann erforderlichenfalls im Einverständnis mit der/dem Referent*in bis zur Abgabe der Arbeit noch in angemessenem Umfang verändert werden. Ein*e Korreferent*in kann zusammen mit der Ausgabe des Themas oder zu einem späteren Zeitpunkt bestimmt werden. Die Ausgabe des Themas an die zu prüfende Person erfolgt schriftlich durch den Prüfungsausschuss und wird aktenkundig gemacht.
- (5) Die Bearbeitungszeit beginnt mit der Ausgabe und endet mit der Abgabe der Abschlussarbeit. Sie richtet sich nach der Art der gestellten Aufgabe und der durch die Zahl der vergebenen Credit Points festgelegten Arbeitsbelastung und darf für die Bachelorarbeit drei Monate, für die Masterarbeit sechs Monate nicht überschreiten. Wird die Bachelorarbeit studienbegleitend, d. h. parallel zu anderen Modulen durchgeführt, kann die Bearbeitungszeit abweichend hiervon auf bis zu fünf Monate festgesetzt werden.
- (6) Das Thema der Abschlussarbeit kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden, ohne dass dies als Fehlversuch zählt. Gleichzeitig mit dem Rücktritt ist beim Prüfungsausschuss die Ausgabe eines neuen Themas zu beantragen.
- (7) Liegen Gründe vor, die die zu prüfende Person nicht zu vertreten hat, so kann das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses auf schriftlichen Antrag im Einvernehmen mit der/dem Referent*in die Bearbeitungszeit angemessen, höchstens aber um einen Monat verlängern. § 16 Absatz 2 findet sinngemäße Anwendung. Bei längerer Krankheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen (unter anderem gemäß § 10 Abs. 8) kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall eine weitergehende Entscheidung treffen, die das berechtigte Interesse der zu prüfenden Person wahrt.
- (8) Die Abschlussarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache anzufertigen; mit Zustimmung des Prüfungsausschusses sind auch andere Sprachen möglich. Die Anfertigung einer fremdsprachigen Arbeit bedarf zudem der Zustimmung von Referent*in sowie Korreferent*in. Die Abschlussarbeit ist fristgemäß zweifach in gedruckter und gebundener Form bei der in den Besonderen Bestimmungen genannten Stelle abzuliefern. Enthält die Arbeit ein Modell oder ein sonstiges Objekt, das nicht problemlos vervielfältigt werden kann, so braucht dieses nur einfach geliefert zu werden. Weiteres zur Form der Abschlussarbeit, einschließlich eventuell zusätzlicher oder in elektronischer Form abzuliefernder Exemplare, kann durch die Besonderen Bestimmungen geregelt werden.
- (9) Bei der Abgabe der Abschlussarbeit versichert die zu prüfende Person in einer schriftlichen Erklärung, die fest mit der Arbeit verbunden ist, dass die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet wurden (Empfehlung siehe Anlage 4). Außerdem sind in der Erklärung Angaben zur möglichen weiteren Verwendung der Arbeit zu machen, insbesondere wenn die Arbeit in einem Betrieb durchgeführt wurde und ihr Inhalt durch diesen gesperrt ist.
- (10) Wenn die Besonderen Bestimmungen nichts anderes festlegen oder im Einzelfall nichts anderes vereinbart wurde, ist die Arbeit spätestens am letzten Tag der Bearbeitungszeit, oder, wenn dies kein Arbeitstag ist, am nächst folgenden Arbeitstag, bis 12 Uhr mittags im Sekretariat des Fachbereichs abzugeben. Bei postalischer Übersendung muss das Datum des Poststempels spätestens der letzte Tag der Bearbeitungszeit sein. Wenn die Arbeit nicht persönlich abgegeben wird, trägt die zu prüfende Person die damit verbundenen Risiken. Der Eingang der Arbeit ist aktenkundig zu machen.

§ 23 Bewertung der Abschlussarbeit, Kolloquium

- (1) Die Abschlussarbeit wird durch Referent*in sowie Korreferent*in bewertet. Sie erteilen jeweils eine Note nach § 15 Absatz 1. Die Note ist schriftlich zu begründen; bei gleichlautenden Noten genügt eine gemeinsame Begründung. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten. Die Einhaltung dieser Frist kann im Rahmen der Evaluation der Lehre nach § 12 Absatz 1 HHG überwacht werden.

- (2) Wurde die Arbeit von einer/einem Prüfer*in nach § 22 Absatz 2 als bestanden und von der/dem anderen Prüfer*in als nicht bestanden gewertet, so gilt § 15 Absatz 8 entsprechend.
- (3) Die Abschlussarbeit ist nicht bestanden, wenn
1. sowohl Referent*in als auch Korreferent*in die Arbeit mit "nicht ausreichend" bewerten oder
 2. dies das Ergebnis der Bewertung nach § 15 Absatz 8 ist oder
 3. die zu prüfende Person von der Arbeit zurücktritt, mit Ausnahme der einmaligen Rückgabe des Themas nach § 22 Absatz 6, oder
 4. die zu prüfende Person eine Täuschung begangen, insbesondere eine unwahre Erklärung nach § 22 Absatz 9 Satz 1 abgegeben hat oder
 5. die Arbeit aus Gründen, die die zu prüfende Person zu vertreten hat, nicht fristgemäß abgeliefert wurde.

Entscheidungen nach den Ziffern 4 und 5 trifft der Prüfungsausschuss. Der zu prüfenden Person ist das Nichtbestehen der Abschlussarbeit durch einen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid bekannt zu geben.

- (4) Eine nicht bestandene Abschlussarbeit kann höchstens einmal wiederholt werden.
- (5) Wenn die Abschlussarbeit bestanden ist und die Leistungsnachweise aus den begleitenden Lehrveranstaltungen vorliegen wird die zu prüfende Person zum Kolloquium zugelassen. Die Besonderen Bestimmungen können darüber hinaus vorsehen, dass bei Antritt des Kolloquiums alle Module des Studiengangs mit Ausnahme des Abschlussmoduls erfolgreich beendet sein müssen.
- (6) Das Kolloquium ist eine Prüfung gemäß § 13 Absatz 6, in der die zu prüfende Person die Abschlussarbeit vor zwei Prüfer*innen, in der Regel denselben Personen, welche die Abschlussarbeit bewertet haben, präsentiert und erläutert. Der Verlauf des Kolloquiums ist stichwortartig zu protokollieren. Das Kolloquium wird von beiden Prüfer*innen jeweils mit einer Note nach § 15 Absatz 1 bewertet. Im Anschluss an die Beratung über das Kolloquium wird der zu prüfenden Person unverzüglich die Bewertung der Abschlussarbeit und des Kolloquiums mitgeteilt und die Bewertung des Kolloquiums mündlich begründet. Weitere Einzelheiten zur Durchführung der Kolloquien sind in den Besonderen Bestimmungen zu regeln.
- (7) Das Kolloquium ist bestanden, wenn es im Mittel der beiden Noten nach Absatz 6 mit 4,0 oder besser bewertet wurde. Mit dem Bestehen des Kolloquiums ist das Abschlussmodul bestanden. Ein nicht bestandenes Kolloquium kann einmal wiederholt werden. Bei nochmaligem Nichtbestehen gilt das Abschlussmodul als nicht bestanden und die Abschlussarbeit muss wiederholt werden.
- (8) Die Modulnote des Abschlussmoduls ergibt sich als gewichteter Mittelwert nach § 15 Absatz 2
- aus den beiden Noten für die Abschlussarbeit nach Absatz 1, welche jeweils dreifach zu gewichten sind, oder aus der sechsfach gewichteten Note gemäß § 15 Absatz 8, sowie
 - aus den beiden Noten für das Kolloquium mit jeweils einfachem Gewicht.

Die Modulnote wird im Abschlusszeugnis als Note der "Bachelorarbeit mit Kolloquium" beziehungsweise "Masterarbeit mit Kolloquium" aufgeführt.

§ 24 Abschlusszeugnis

- (1) Über die gemäß § 9 Absatz 7 bestandene akademische Prüfung wird nach der Festlegung aller Noten ein Abschlusszeugnis entsprechend Anlage 1 ausgestellt. Es enthält folgende Angaben:
- Name, Geburtsdatum und Geburtsort der/des Absolvent*in
 - Fachbereich, Studiengang, ggf. Vertiefungsrichtung, Bezeichnung der bestandenen akademischen Prüfung (Bachelor- oder Masterprüfung)
 - alle Pflichtmodule mit ihren Noten nach § 15 Absatz 5 und den erworbenen Credit Points
 - die nach § 5 Absatz 6 gewählten Wahlpflichtmodule mit ihren Noten und den erworbenen Credit Points
 - das Thema der Abschlussarbeit mit der Note des Abschlussmoduls nach § 23 Absatz 8 als Bewertung der "Bachelorarbeit mit Kolloquium" oder "Masterarbeit mit Kolloquium" und den erworbenen Credit Points
 - die Gesamtbewertung der akademischen Prüfung nach § 15 Absatz 6 und die Gesamtzahl der im Studium erworbenen Credit Points
 - gegebenenfalls die Wahlfächer nach § 5 Absatz 7 mit ihren Noten und den außerhalb des Studienprogramms erworbenen Credit Points.

Die Besonderen Bestimmungen können vorsehen, dass in das Abschlusszeugnis zusätzlich zur Gesamtbewertung nach § 15 Absatz 6 eine entsprechende Bewertung eines ersten und zweiten Studienabschnitts (Grundlagenstudium und Vertiefungsstudium) aufgenommen wird. Auf dem Zeugnis kann zusätzlich eine durch die Wahl von Studieninhalten erworbene besondere Qualifikation ausgewiesen werden. Die besondere Qualifikation muss in den Besonderen Bestimmungen durch eine Zusammenstellung von Wahlpflicht-(Teil-)Modulen definiert sein und umfasst nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen die Abschlussarbeit, die auf einem dazu passenden Gebiet erstellt worden sein muss.

- (2) Bei Wahlpflichtmodulen, die nach § 5 Absatz 3 Satz 2 aus mehreren Teilmodulen zusammengesetzt sind, werden im Abschlusszeugnis nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen entweder die Teilmodule mit ihren Bezeichnungen und Noten oder eine zusammenfassende Bezeichnung des Wahlpflichtmoduls mit der nach § 15 Absatz 4 ermittelten Modulnote aufgeführt.
- (3) Das Abschlusszeugnis trägt das Datum des erfolgreichen Abschlusses der akademischen Prüfung nach § 9 Absatz 7.
- (4) Das Abschlusszeugnis wird vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses und von der Leitung des Prüfungsamts der Hochschule unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

§ 25 Verleihung des akademischen Grads

Zusammen mit dem Abschlusszeugnis wird eine Urkunde entsprechend Anlage 2 über die Verleihung des akademischen Grads gemäß § 1 Absatz 6 Ziffer 3 übergeben. Die Urkunde trägt dasselbe Datum wie das Abschlusszeugnis. Sie wird von der/dem Präsident*in der Hochschule und von der/dem Dekan*in des Fachbereichs unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

§ 26 Diploma Supplement und ECTS-Grades

- (1) Die Hochschule stellt für alle Absolvent*innen als Ergänzung zu Abschlusszeugnis und Verleihungsurkunde ein Diploma Supplement entsprechend dem "European Diploma Supplement Model" nach dem jeweiligen Stand der von der Hochschulrektorenkonferenz empfohlenen Form aus.
- (2) Zusammen mit dem Abschlusszeugnis bescheinigt die Hochschule den Absolvent*innen ihren bei der akademischen Prüfung erzielten ECTS-Grade, welcher eine Einordnung ihrer Gesamtleistung in den Vergleich mit den anderen Absolvent*innen desselben Studiengangs darstellt. Basis dieser Einordnung ist eine "wandernde Kohorte", die aus den Absolvent*innen von insgesamt sechs aufeinander folgenden Semestern gebildet wird. Dabei wird das folgende Verfahren verwendet: Alle Absolvent*innen der Kohorte erhalten aufgrund des auf zwei Nachkommastellen berechneten Mittelwerts ihrer Modulnoten nach § 15 Absatz 7 eine Rangnummer. Mehrere Absolvent*innen mit der gleichen Note erhalten gemeinsam die sich aus ihren Plätzen in der Rangfolge ergebende niedrigste Rangnummer. Die Rangnummern werden mit 100 multipliziert, durch die Gesamtzahl der Kohorte dividiert und die Nachkommastellen gestrichen. Aus der so berechneten "prozentualen Rangzahl" wird der ECTS-Grade ermittelt:

Alle Mitglieder der Kohorte mit einer prozentualen Rangzahl bis einschließlich 10 oder, falls diese Rangzahl in der Kohorte nicht vorkommt, bis zur niedrigsten vorkommenden Rangzahl größer als 10 (=die besten 10%) erhalten den ECTS-Grade A.

Alle verbliebenen Mitglieder der Kohorte mit einer prozentualen Rangzahl bis einschließlich 35 oder, falls diese Rangzahl in der Kohorte nicht vorkommt, bis zur niedrigsten vorkommenden Rangzahl größer als 35 (=die nächsten 25%) erhalten den ECTS-Grade B.

Alle verbliebenen Mitglieder der Kohorte mit einer prozentualen Rangzahl bis einschließlich 65 oder, falls diese Rangzahl in der Kohorte nicht vorkommt, bis zur niedrigsten vorkommenden Rangzahl größer als 65 (=die nächsten 30%) erhalten den ECTS-Grade C.

Alle verbliebenen Mitglieder der Kohorte mit einer prozentualen Rangzahl bis einschließlich 90 oder, falls diese Rangzahl in der Kohorte nicht vorkommt, bis zur niedrigsten vorkommenden Rangzahl größer als 90 (=die nächsten 25%) erhalten den ECTS-Grade D.

Alle verbliebenen Mitglieder der Kohorte (=die nächsten 10%) erhalten den ECTS-Grade E.

- (3) Bei der Ermittlung der Kohorte nach Absatz 2 Satz 2 wird nach Beschluss des Prüfungsausschusses eines der beiden folgenden Verfahren verwendet: Wenn durch entsprechende organisatorische Maßnahmen alle Studienabschlüsse innerhalb eines Semesters zeitnah erfolgen, wird die Kohorte nach Vorliegen aller Abschlüsse aus allen Absolvent*innen des laufenden und der fünf vorangegangenen Semester gebildet. Wenn sich die Abschlüsse über einen

größeren Zeitraum im Semester verteilen, wird die Kohorte stattdessen aus den Absolvent*innen der sechs vorangegangenen Semester gebildet, wobei sich die Einordnung der neuen Abschlüsse in die ECTS-Grades A bis E an den für diese Kohorte ermittelten Notengrenzen orientiert.

- (4) Wenn bei neu eingerichteten Studiengängen weniger Abschlusssemester vorliegen, als nach Absatz 3 für die Berechnung benötigt werden, beschränkt sich die Kohorte auf die vorhandenen Semester.
- (5) In der Bescheinigung über den ECTS-Grade wird die zahlenmäßige Stärke der Kohorte angegeben, auf deren Basis der ECTS-Grade berechnet wurde. Wenn die Kohorte weniger als 10 Personen umfasst, wird kein ECTS-Grade berechnet und stattdessen vermerkt, dass wegen einer zu geringen Datenbasis kein ECTS-Grade bescheinigt werden kann.

FÜNFTER ABSCHNITT: ORGANISATION DES PRÜFUNGSWESENS

§ 27 Prüfungsausschuss

- (1) Für jeden Studiengang setzt der Fachbereichsrat des nach § 1 Absatz 6 Ziffer 1. zuständigen Fachbereichs einen Prüfungsausschuss ein. Einem Prüfungsausschuss kann die Zuständigkeit für mehrere verwandte Studiengänge übertragen werden.
- (2) Dem Prüfungsausschuss obliegen die folgenden Aufgaben:
 1. Überwachung der Einhaltung der Prüfungsordnung,
 2. Bestellung und Bekanntgabe der Prüfer*innen sowie der Beisitzer*innen,
 3. Entscheidung über die Anerkennung von Wahlpflichtmodulen nach § 5 Absatz 5,
 4. Entscheidung über die Anerkennung von Leistungsnachweisen und nachgewiesenen Kompetenzen gemäß § 19 Absatz 8,
 5. Zulassung zur Abschlussarbeit nach § 22 Absatz 4, Bestellung von Referent*in sowie Korreferent*in, Ausgabe des Themas der Abschlussarbeit,
 6. Beratung über Prüfungsentscheidungen, über Entscheidungen nach § 16 Absatz 2 bis 4 sowie über sonstige Entscheidungen im Prüfungs- oder Anerkennungsverfahren,
 7. Entscheidung über die Erfüllung der studiengangsspezifischen Zulassungsvoraussetzungen nach § 1 Absatz 6 Ziffer 6 auf der Grundlage von § 54 Absatz 4 HHG sofern die Besonderen Bestimmungen hierfür nicht ein anderes Gremium vorsehen,
 8. Entscheidung in allen weiteren Angelegenheiten, für die in diesen Allgemeinen Bestimmungen oder in den Besonderen Bestimmungen des Studiengangs die Zuständigkeit des Prüfungsausschusses vorgesehen ist,
 9. Anregungen zur Reform des Studiums und der Prüfungsordnung.
- (3) Dem Prüfungsausschuss gehören an:
 - ein*e Professor*in als vorsitzendes Mitglied, welches die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vorbereitet und ausführt,
 - ein*e Professor*in als stellvertretendes vorsitzendes Mitglied,
 - zwei weitere Professor*innen,
 - zwei Studierende.

Die Besonderen Bestimmungen können abweichend vorsehen, dass dem Prüfungsausschuss außer dem vorsitzenden und dem stellvertretend vorsitzenden Mitglied und den zwei Studierenden nur ein*e weitere*r Professor*in angehört. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen nicht Mitglieder des Fachbereichsrats sein. Die Auslandsbeauftragten können mit beratender Stimme teilnehmen.

- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß Absatz 3 werden vom Fachbereichsrat gewählt, und zwar die Professor*innen für zwei Jahre, die Studierenden für ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Zusätzlich wird für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied gewählt. Der Prüfungsausschuss wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine*n Vorsitzende*n und eine Stellvertretung. Das Dekanat teilt dem Präsidium der Hochschule die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses schriftlich mit und gibt sie durch Aushang im Fachbereich bekannt.

- (5) Der Prüfungsausschuss tagt nichtöffentlich. Mitarbeiter*innen des Fachbereichs, welche mit Prüfungsangelegenheiten befasst sind, können auf Beschluss des Prüfungsausschusses an den Sitzungen beratend teilnehmen. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, davon mindestens das vorsitzende oder das stellvertretend vorsitzende Mitglied sowie mindestens ein*e weitere*r Professor*in anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag. Ein stellvertretendes Mitglied kann auch dann beratend an einer Sitzung teilnehmen, wenn das jeweilige Mitglied anwesend ist. Die Beschlüsse sind zu protokollieren. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses, die einzelne Studierende betreffen, sind diesen unverzüglich schriftlich mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach § 33 Absatz 3 und § 34 Absatz 2 HHG.
- (6) Alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die Mitarbeiter*innen, welche mit Prüfungsangelegenheiten befasst sind, sind zur Verschwiegenheit über die Kenntnisse, die sie aufgrund ihrer Tätigkeit in Prüfungsangelegenheiten erlangen, verpflichtet.
- (7) Bei der Verhandlung von Prüfungsangelegenheiten, die ein Mitglied des Prüfungsausschusses persönlich betreffen, ruht dessen Mitgliedschaft in Bezug auf diese Angelegenheit.
- (8) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an mündlichen Prüfungen zuhörernd teilzunehmen, sofern sie nicht selbst als Studierende zu dieser Prüfung zugelassen sind. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf die Teilnahme an der Beratung zur Notenfindung.
- (9) Der Prüfungsausschuss kann laufende Geschäfte seinem vorsitzenden Mitglied übertragen.

§ 28 Prüfer*innen, Beisitzer*innen

- (1) Prüfer*innen müssen die Voraussetzungen des § 18 Absatz 2 HHG erfüllen. Zur/zum Beisitzer*in darf bestellt werden, wer selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt und zudem über die erforderliche Fachkunde verfügt. Prüfer*innen sowie Beisitzer*innen sind zur Verschwiegenheit in Prüfungsangelegenheiten verpflichtet.
- (2) Im Regelfall werden die Leistungsnachweise einer Lehrveranstaltung durch diejenige Person abgenommen, welche im jeweiligen Semester die Lehrveranstaltung abgehalten hat. Soweit diese Zuordnung nicht eindeutig gegeben ist, werden die Prüfer*innen sowie gegebenenfalls die Zweit- oder Dritt-Prüfer*innen und die Beisitzer*innen durch den Prüfungsausschuss bestellt. Die zu prüfenden Personen können Prüfer*innen vorschlagen; es besteht jedoch kein Rechtsanspruch auf deren Bestellung.
- (3) Bei der mündlichen Ergänzungsprüfung nach § 17 Absatz 6 wird in der Regel diejenige Person zur/zum Prüfer*in bestellt, welche bei der vorangegangenen letzten Wiederholung der Prüfungsleistung nach § 12 Absatz 2 Satz 2 beziehungsweise § 13 Absatz 4 Satz 1 die Bewertung durchgeführt hat.

§ 29 Zuständigkeit des Dekanats

- (1) Das Dekanat ist für die Prüfungsorganisation innerhalb des Fachbereichs verantwortlich. Es kann damit verbundene Aufgaben an andere übertragen, z. B. an den Studienausschuss, den Prüfungsausschuss, an eine*n Studiengangsleiter*in, an Modulverantwortliche oder an speziell einzurichtende Prüfungskommissionen. Insbesondere muss geregelt werden, wie die Prüfungs- und Meldetermine koordiniert, festgelegt und bekannt gemacht werden.
- (2) Die/der Dekan*in übernimmt in dringenden Fällen bei Verhinderung des vorsitzenden und des stellvertretend vorsitzenden Mitglieds des Prüfungsausschusses deren Aufgaben.

§ 30 Prüfungsamt

- (1) Das Prüfungsamt der Hochschule ist zuständig für die fachbereichsübergreifende Organisation des Prüfungswesens, für die Ausstellung der Zeugnisse und Urkunden einschließlich des Diploma Supplement und für Exmatrikulationen nach § 18 Absatz 2. Es unterstützt die Prüfungsausschüsse bei der Anerkennung auswärtiger, insbesondere ausländischer Leistungsnachweise. Das Prüfungsamt achtet darauf, dass die Prüfungsausschüsse ihrer Arbeit nachkommen und erhält von diesen jeweils ein Exemplar aller ihrer Protokolle. Die Verantwortlichkeiten der Dekanate nach § 45 Absatz 1 letzter Satz HHG bleiben hiervon unberührt.

- (2) Die Leitung des Prüfungsamts ist berechtigt, an Sitzungen der Prüfungsausschüsse beratend und an mündlichen Prüfungen zuhörend teilzunehmen.

§ 31 Akteneinsicht

Die Studierenden können innerhalb von einem Jahr nach Bekanntgabe der Noten bei der/dem Prüfer*in einen formlosen Antrag auf Einsicht in ihre Prüfungsarbeiten, die Prüfungsprotokolle sowie die Begründungen der Bewertung ihrer Abschlussarbeit stellen. Wenn ein allgemeiner Termin für die Einsicht in Klausurarbeiten gegeben wird, so soll dieser von den Studierenden wahrgenommen werden. Die Studierenden können sich für die Einsichtnahme von einer schriftlich bevollmächtigten Vertrauensperson vertreten lassen. Die Akteneinsicht erfolgt unter Aufsicht.

§ 32 Widerspruch

Widersprüche gegen Prüfungsentscheidungen oder gegen das Prüfungsverfahren sind, sofern eine Rechtsbehelfsbelehrung erteilt wurde, innerhalb eines Monats, sonst innerhalb eines Jahres, an die/den Präsident*in der Hochschule Darmstadt zu erheben; sie sollen schriftlich begründet werden. Die/der Präsident*in fordert die Beteiligten zur Stellungnahme auf und gibt ihnen Gelegenheit, dem Widerspruch abzuweichen. Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, entscheidet die/der Präsident*in, ob sie/er dem Widerspruch abhilft oder den mit einer Begründung und Rechtsmittelbelehrung versehenen Widerspruchsbescheid erteilt.

§ 33 Ungültigkeit, Unrichtigkeit, Mängelheilung

- (1) Hat die zu prüfende Person bei einer Prüfung getäuscht und wird dies erst nach Bekanntgabe des Ergebnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die erteilte Note berichtigen, insbesondere auch die Prüfung entsprechend § 16 Absatz 3 Satz 1 mit "nicht ausreichend" bewerten.
- (2) Hat die zu prüfende Person die Zulassungsvoraussetzungen für eine Prüfung nicht erfüllt, ohne hierüber täuschen zu wollen, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt oder beruhte sie auf einer Prüfung, bei der nachträglich eine Täuschung gemäß Absatz 1 bekannt wurde, entscheidet der Prüfungsausschuss im Einzelfall.
- (3) Wird die Ungültigkeit einer Prüfung nach Absatz 1 oder die sonstige Unrichtigkeit einer Leistungsbescheinigung oder einer Urkunde nach §§ 24 bis 26 erst nach deren Aushändigung bekannt, so sind die unrichtigen oder unrichtig gewordenen Dokumente einzuziehen und gegebenenfalls neu auszustellen.
- (4) Eine Entscheidung nach Absatz 1 ist nur innerhalb von fünf Jahren nach dem Datum des Abschlusszeugnisses möglich.
- (5) Wird eine schwerwiegende Täuschung, eine die Unwürdigkeit begründende Tatsache nachträglich bekannt, kann der akademische Grad aufgrund von § 27 HHG durch die/den Präsident*in der Hochschule entzogen werden; dies ist auch nach Ablauf der in Absatz 4 genannten Frist möglich.
- (6) Vor einer Entscheidung nach den Absätzen 1, 2 oder 5 ist die/der Betroffene anzuhören.

SECHSTER ABSCHNITT: SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 34 Übergangsregelungen

- (1) Nach In-Kraft-Treten dieser Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen können an der Hochschule Darmstadt nur noch Bachelor- und Masterstudiengänge neu eingerichtet werden, für die Besondere Bestimmungen auf der Grundlage dieser Allgemeinen Bestimmungen erlassen wurden.
- (2) Wenn Bachelorstudiengänge an die Stelle von Diplomstudiengängen treten, sollen in den Besonderen Bestimmungen freiwillige Übergangsmöglichkeiten zum Wechsel in den Bachelorstudiengang vorgesehen werden, wo dies in sinnvoller Weise möglich ist. Außerdem ist zu regeln, wie lange Studierende in dem auslaufenden Studiengang einen Prüfungsanspruch haben und in welcher Weise sie gegebenenfalls nach Ablauf dieser Frist in den neuen Studiengang überführt werden.
- (3) Die Prüfungsordnungen bestehender Bachelor- und Masterstudiengänge an der Hochschule Darmstadt sind in einem Zeitraum von fünf Jahren ab dem In-Kraft-Treten der Allgemeinen Bestimmungen durch Besondere Bestimmungen zu ersetzen, die sich auf diese Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen an der Hochschule Darmstadt beziehen.

§ 35 In-Kraft-Treten

- (1) Die Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen der Hochschule Darmstadt treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft, frühestens jedoch am 1. März 2006.
- (2) Die Besonderen Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge treten mit ihrer Genehmigung durch das Präsidium der Hochschule Darmstadt auf der Grundlage von § 37 Absatz 5 HHG in Kraft.

Darmstadt, den 27. August 2019

Prof. Dr. Ralph Stengler
Präsident

Anlage 1: Abschlusszeugnis

	Vorname	Name	
geboren am	TT. Monat	JJJJ	
in	Musterort		
hat im Fachbereich	Muster		
im Studiengang	Musterstudiengang		
<i>(falls zutr.) mit der Vertiefungsrichtung</i>	Mustervertiefungsrichtung		
<i>(falls zutr.) mit/und der besonderen Qualifikation</i>	Musterqualifikation	<i>gem. § 24 Abs. 1</i>	
die Bachelor/Master prüfung abgelegt und dabei die folgenden Bewertungen erhalten			
sowie Punkte (CP = Credit Points) nach dem European Credit Transfer System (ECTS)			
Pflichtmodule			
Name des Moduls	Note (X,X)		(XX CP)
Wahlpflichtmodule			
Name des Moduls	Note (X,X)		(XX CP)
Die Bachelor/Master arbeit mit Kolloquium über das Thema	Text		
wurde bewertet mit	Text		
	Note (X,X)		(XX CP)
Insgesamt erworbene Punkte nach ECTS			90/120/180/210 CP
<i>(falls zutr. Studienabschnitte (vgl. § 24 Abs. 1)</i>	<i>(vgl. § 24 Absatz 1</i>		
Gesamtnote des ersten Studienabschnitts	Note (X,X)		
Gesamtnote des zweiten Studienabschnitts	Note (X,X)		
Gesamtbewertung	<i>Gesamtbewertung nach § 15 Abs. 6 (X,X)</i>		
<i>(falls zutreffend)</i>			
Außerhalb des Studienprogramms wurden in den folgenden Wahlfächern zusätzliche Punkte erworben:			
Name des Wahlfachs	Note (X,X)		(XX CP)
Darmstadt, den	TT. Monat	JJJJ	
Vorsitz des Prüfungsausschusses		
Leitung des Prüfungsamtes		

Die besonderen Bestimmungen können Regelungen über eine zweisprachige Ausstellung des Abschlusszeugnisses enthalten.

Anlage 2: Verleihungsurkunde

Die Hochschule Darmstadt
verleiht **Vorname Name**

geboren am **TT. Monat JJJJ**
in **Musterort**

aufgrund der am **TT. Monat JJJJ**
im Fachbereich **Muster**
im Studiengang **Musterstudiengang**
bestandenen **Bachelor/Master**prüfung

den akademischen Grad *Bezeichnung des akademischen Grads nach
§ 1 Absatz 6 Ziffer 3*

Kurzform *Bezeichnung der Kurzform*

(falls zutreffend)

Diese Prüfung berechtigt gemäß § 1 Nr. 1 des
Hessischen Ingenieurgesetzes zur Führung der
Berufsbezeichnung Ingenieurin bzw. Ingenieur.

Darmstadt, den **TT. Monat JJJJ**

Die/der Präsident*in
Siegel

Die/der Dekan*in

Die besonderen Bestimmungen können Regelungen über eine zweisprachige Ausstellung der Verleihungsurkunde enthalten.

Bei Bachelorstudiengängen einer technischen oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung können die Besonderen Bestimmungen festlegen, dass die Verleihungsurkunde den Satz enthält: „Die bestandene Bachelorprüfung in dem genannten Studiengang berechtigt gemäß § 1 Nr. 1 des Hessischen Ingenieurgesetzes zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieurin bzw. Ingenieur.“

Anlage 3: Verbot mobiler Geräte in Prüfungen

Der folgende Text wird als Vorlage für einen Beschluss des Prüfungsausschusses empfohlen.

Der Prüfungsausschuss des Fachbereichs ... für den Studiengang ... hat in seiner Sitzung am ... folgende Regelung beschlossen:

Mobiltelefon- und Smartphone-Verbot bei Prüfungen

Ein mitgeführtes Mobiltelefon/Smartphone/Tablet, eine Smartwatch oder vergleichbare Geräte (im Folgenden mobiles Gerät genannt) müssen **vor Beginn einer Prüfung** ausgeschaltet und außerhalb der Griffnähe (des Körpers, der Bekleidung, des Arbeitsplatzes) verstaut werden. Es darf während der gesamten Prüfung nicht in Griffnähe kommen. Ein Zuwiderhandeln stellt eine Täuschungshandlung im Sinne von § 16 Absatz 3 ABPO dar.

Das Mitführen eines mobilen Gerätes außerhalb des Prüfungsraums während der Klausurbearbeitung – bspw. beim Aufsuchen der Toilette – stellt eine schwerwiegende Täuschungshandlung im Sinne von § 16 Absatz 3 ABPO dar.

Anlage 4: Plagiate

Der folgende Text wird als Vorlage zum Einbinden in die Abschlussarbeit oder in andere schriftliche Arbeiten empfohlen.

Erklärung zu schriftlichen Leistungen

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die im Quellenverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Quellen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht. Die Zeichnungen oder Abbildungen in dieser Arbeit sind von mir selbst erstellt worden oder mit einem entsprechenden Quellennachweis versehen. Diese Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form noch bei keiner anderen Prüfungsbehörde eingereicht worden.

Mir ist bekannt, dass ein Täuschungsversuch, der zur Exmatrikulation führen kann, vorliegt, wenn sich die vorstehende Erklärung als unrichtig erweist.

Datum und Unterschrift Verfasser*in

Anlage 5: Attest zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit

Das folgende Formular wird zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit empfohlen.

Prüfungsrücktritt

Von der/dem Studierenden auszufüllen zur Vorlage bei der ärztlichen Untersuchung.

Name, Vorname (Matrikel-Nr.):		Studiengang:		<input type="checkbox"/> Bachelor
Anschrift:				<input type="checkbox"/> Master
				BBPO-Version:
Aus gesundheitlichen Gründen kann bzw. konnte ich an folgenden Prüfungen nicht teilnehmen:				
Nichtbenötigte Zeilen bitte durchstreichen.				
Name der Veranstaltung:	Modul-Nr.:	Prüfer*in:	Art der Prüfung: schriftlich (Klausur) <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> Hausarbeit <input type="checkbox"/> Abschlussarbeit <input type="checkbox"/>	Prüfungstag/Abgabetag:
Name der Veranstaltung:	Modul-Nr.:	Prüfer*in:	Art der Prüfung: schriftlich (Klausur) <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> Hausarbeit <input type="checkbox"/> Abschlussarbeit <input type="checkbox"/>	Prüfungstag/Abgabetag:
Name der Veranstaltung:	Modul-Nr.:	Prüfer*in:	Art der Prüfung: schriftlich (Klausur) <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> Hausarbeit <input type="checkbox"/> Abschlussarbeit <input type="checkbox"/>	Prüfungstag/Abgabetag:
Name der Veranstaltung:	Modul-Nr.:	Prüfer*in:	Art der Prüfung: schriftlich (Klausur) <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> Hausarbeit <input type="checkbox"/> Abschlussarbeit <input type="checkbox"/>	Prüfungstag/Abgabetag:
Name der Veranstaltung:	Modul-Nr.:	Prüfer*in:	Art der Prüfung: schriftlich (Klausur) <input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> Hausarbeit <input type="checkbox"/> Abschlussarbeit <input type="checkbox"/>	Prüfungstag/Abgabetag:

Ich bitte Sie, die Gründe für die Prüfungsunfähigkeit anzuerkennen.

Unterschrift der/des Studierenden

Anlage: Formular zur Bescheinigung der Prüfungsunfähigkeit (ärztliches Attest)

Dieser Prüfungsrücktritt ist nur zusammen mit dem ärztlichen Attest auf dem dafür vom Prüfungsausschuss vorgesehenen „Formular zur Bescheinigung der Prüfungsunfähigkeit (Ärztliches Attest)“ gültig. Beide Formulare müssen unverzüglich (innerhalb von 3 Arbeitstagen, ggf. ist das Datum des Poststempels maßgebend) bei der/dem Prüfungsausschussvorsitzenden eingereicht werden.

- Vorderseite -

Formular zur Bescheinigung der Prüfungsunfähigkeit (Ärztliches Attest)

Zur Vorlage beim Prüfungsausschuss des Studiengangs xx des Fachbereichs xx der Hochschule Darmstadt

Erläuterung für die Ärztin / den Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen nicht zu einer Prüfung erscheinen, ist gemäß der Prüfungsordnung dem zuständigen Prüfungsausschuss die Erkrankung glaubhaft zu machen. Zu diesem Zweck benötigen Studierende ein ärztliches Attest, das es dem Prüfungsausschuss erlaubt, aufgrund Ihrer Angaben als medizinisch sachverständige Person die Rechtsfrage zu beantworten, ob Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Es reicht für den Prüfungsausschuss aus, dass Sie Prüfungsunfähigkeit nach der untenstehenden Erklärung attestieren.

Angaben zur Person

Name, Vorname	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort

Erklärung der Ärztin / des Arztes

Meine heutige Untersuchung zur Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit bei o.g. Person hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass diese Person prüfungsunfähig ist.
 Aus meiner ärztlichen Sicht liegt eine erhebliche Beeinträchtigung des Leistungsvermögens vor. Mir ist bekannt, dass Schwankungen der Tagesform, Prüfungsangst, Prüfungsstress u. ä. keine erhebliche Beeinträchtigung darstellen.

Erläuterung für die Ärztin / den Arzt

Prüfungsunfähigkeit im rechtlichen Sinne liegt z.B. dann vor, wenn eine Person im Hinblick auf die Form der zu erbringenden Prüfung physische oder psychische Leistungsminderungen aufweist (z.B. Konzentrationsschwäche, akute Sehschwäche) bzw. körperlich eingeschränkt ist (z.B. Schreibhand gebrochen, Bettlägerigkeit) oder unter ansteckenden Krankheiten leidet (z.B. Grippe, Masern usw.).

Dauer der Prüfungsunfähigkeit von	bis einschließlich:
-----------------------------------	---------------------

Datum, Uhrzeit, Praxisstempel, Unterschrift der Ärztin / des Arztes

- Rückseite -

Anlage 6: Glossar

Anerkennung	Die Anerkennung von Leistungsnachweisen bzw. nachgewiesenen Kompetenzen ist der Vorgang, der der Anrechnung von CP vorausgeht. Dabei werden die Nachweise von Leistungen bzw. Kompetenzen nach Maßgabe des § 19 ABPO geprüft. -> § 19
Anrechnung	Ist die „Gutschrift“ von CP für eine anerkannte Leistung bzw. Kompetenz nach positivem Abschluss des Anerkennungsverfahrens. -> § 19
besondere Qualifikation	Die b. Q. hat das Ziel der zusätzlichen ggf. themenübergreifenden Spezialisierung (auch unabhängig von Vertiefungsrichtungen). Die b. Q. kann auf dem Zeugnis ausgewiesen werden, wenn eine in den Besonderen Bestimmungen (BBPO) definierte Zusammenstellung von WP-(Teil-)Modulen abgeschlossen und nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen die Abschlussarbeit auf einem dazu passenden Gebiet erstellt worden ist. -> § 24 Absatz 1
E-Klausur	Prüfung, die unter den gleichen Bedingungen wie eine klassische schriftliche Klausur, aber statt mit Stift und Papier computergestützt durchgeführt wird. Auch die Auswertung kann mit Ausnahme der Freitextfragen automatisiert erfolgen. -> § 12 Absatz 1
Formen eines Studiengangs	Beispiele Vollzeit, Teilzeit (nach ImmaVO nur in grundständigen Studiengängen erlaubt), dual, berufsbegleitend, by Research, by Taught -> § 1 Absatz 8
gewichteter Mittelwert	Formel: mit Gewichtungsfaktor g_k -> § 15 Absatz 2 $Note = \frac{\sum_k g_k * Zahlennote}{\sum_k g_k}$
Rechtsanspruch (allgemein)	Ist das, was die Person, die den Rechtsanspruch besitzt, verlangen kann. Der Begriff schließt aber nicht aus, dass diese Person mehr bekommen kann. -> § 10 Absatz 4, § 19 Absatz 6 Ziffer 5, § 28 Absatz 2
Rechtsanspruch auf Prüfung	Studierende, die diesen Anspruch haben und die Voraussetzungen erfüllen, müssen geprüft werden. Alle anderen können auf Grundlage der Besonderen Bestimmungen oder durch Entscheidung des Prüfungsausschusses zugelassen werden. Leistungsnachweise in Modulen aus anderen Studiengängen können beispielsweise abgelegt werden, sofern der eigene Studiengang einen Platz dafür vorsieht (z.B. ein WP-Modul oder ein Modul für das der Leistungsnachweis anerkannt werden kann) und der Prüfungsausschuss dem zustimmt. -> § 14 Absatz 1
Schwerpunkt	siehe <i>besondere Qualifikation</i>
Teilmodul	Modul, das Teil eines im Regelstudienprogramm verankerten Wahlpflichtmoduls ist. Teilmodule gibt es nur im WP-Bereich. Sie dürfen einzeln abgeprüft werden und ergeben in gewichtetem Mittel die Note eines WP-Moduls. -> § 5 Absatz 3 und § 15 Absatz 4
Vertiefungsrichtung	Möglichkeit zur Spezialisierung im Rahmen eines Studiengangs mit folgenden Eigenschaften: 1. eine oder mehrere Vertiefungsrichtungen sind im Verlauf des Studiums zu definierten Zeitpunkten wählbar 2. eine Vertiefungsrichtung enthält Pflicht- und/oder Wahlpflicht-Module 3. ein Wechsel der Vertiefungsrichtung ist einmal möglich 4. bei Aussetzung der Vertiefungsrichtung muss ein ordnungsgemäßer Abschluss ermöglicht werden -> § 6
Wahlpflichtfach	siehe <i>Teilmodul</i>

Senatsbeschluss vom 13. Juli 2010 zur Änderung der ABPO

81. Sitzung des Senats der Hochschule Darmstadt, TOP 7.1

1. Die Allgemeinen Bestimmungen für Prüfungsordnungen (ABPO) der Hochschule Darmstadt vom 8. 12. 2005, zuletzt geändert am 29. 4. 2008, werden geändert wie in Anlage 1¹ (künftige Fassung) sowie Anlage 2 (Darstellung und Erläuterung der Änderungen) niedergelegt.
2. Nach der Veröffentlichung der geänderten ABPO im Hochschulanzeiger können an der Hochschule Darmstadt nur noch Bachelor- und Masterstudiengänge neu eingerichtet oder reakkreditiert werden, für die Besondere Bestimmungen auf der Grundlage der geänderten ABPO erlassen wurden.
3. In bestehenden Studiengängen, für die Besondere Bestimmungen auf der Grundlage der ABPO erlassen worden sind, gilt die bisherige Fassung der ABPO vorläufig weiter bis längstens zur Reakkreditierung dieses Studiengangs. Die Fachbereiche können die Überführung dieser Studiengänge in die geänderten ABPO zusammen mit allen erforderlichen Änderungen und Anpassungen der Besonderen Bestimmungen (einschließlich Änderungen der Bezeichnungen, z. B. „Credit Points“ statt „Leistungspunkte“) beschließen. Dabei kann auch von den erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten für die Studiengänge („Öffnungsklauseln“) Gebrauch gemacht werden. Der Beschluss muss den Zeitpunkt des Übergangs und, falls erforderlich, auch Übergangsregelungen für die Studierenden enthalten. Die mit dem Übergang verbundenen Änderungen für die Studierenden (z. B. Wegfall der Benachrichtigung bei der letzten Wiederholung einer Prüfung) sind diesen in geeigneter Weise bekannt zu machen.
4. Die Änderungen der Abschlussdokumente (Abschlusszeugnis und Verleihungsurkunde) werden nach praktischen Erwägungen im Lauf des Wintersemesters 2010/11 vorgenommen.

Senatsbeschluss vom 17. April 2012 zur Änderung der ABPO

94. Sitzung des Senats der Hochschule Darmstadt, TOP 4.2

Zur Umsetzung der Lissabon-Konvention wurde die ABPO um § 19 (10) erweitert.

Senatsbeschluss vom 07. Juli 2015 zur Änderung der ABPO

121. Sitzung des Senats der Hochschule Darmstadt, TOP 7.1

1. Zur Umsetzung der Lissabon-Konvention wurde § 19 überarbeitet.
2. Es wurden verschiedene Ergänzungen und Neuregelungen aufgenommen:
 - Verankerung des Änderungsverfahrens der Hochschule Darmstadt für die Besonderen Bestimmungen während des Akkreditierungszeitraumes (§ 1 Abs. 1)
 - Regelung der Frage, in welchem Fall inhaltlich überwiegend gleiche Studiengänge eine gemeinsame BBPO haben können (§ 1 Abs. 8)
 - Prüfungen und Veranstaltungen dürfen auch samstags stattfinden (§ 3 Abs. 4)
 - Regelung für Elektronische Klausuren und Multiple Choice Aufgaben (§ 12 Abs. 1)
 - Regelung für Verzögerungen in der Bewertung von Leistungen (§ 12 Abs. 3)
 - Hochschulweite Regelung der Rücktrittsfristen vom ersten Prüfungsversuch (§ 14 Abs. 4)
 - Prüfungsrechtliche Verbindlichkeit der E-Mailadresse und des Benutzerkontos der h-da (§ 14 Abs. 5)
 - Regelung bei Hinzuziehen einer dritten Prüferin/eines dritten Prüfers (§ 15 Abs. 8)
 - Definition einer besonderen Qualifikation (§ 24 Abs. 1)
 - Anlagen mit Handreichungen und Empfehlungen:
 - Verbot mobiler Geräte in Prüfungen (Empfehlung eines Textes für einen entsprechenden Beschluss des Prüfungsausschusses, Anl. 3),
 - Plagiate (Empfehlung eines Textes zum Einbinden in die Abschlussarbeit, Anl. 4),
 - Attestformular (Empfehlung eines Formulars zur Bescheinigung der Prüfungsunfähigkeit, Anl. 5),
 - Glossar

¹ gemeint sind die Anlagen zum Beschlussantrag des StuP-Ausschusses

Senatsbeschluss vom 30. Januar 2018 zur Änderung der ABPO

141. Sitzung des Senats der Hochschule Darmstadt, TOP 5.1

1. Zur Umsetzung der Lissabon-Konvention wurde § 19 präzisiert, insbesondere wurden die Anerkennungssatzung der Hochschule Darmstadt und die ABPO angeglichen.
2. Es wurden verschiedene Ergänzungen und Neureglungen aufgenommen:
 - Verankerung allgemeiner gesundheitlicher Beeinträchtigungen im Nachteilsausgleich (§ 10 Abs. 6)
 - Regelung der Frage, ob mündliche Ergänzungsprüfungen eingeschränkt werden können und wie viele mündliche Ergänzungsprüfungen mindestens angeboten werden müssen (§ 17 Abs. 6)

Senatsbeschluss vom 02. Juli 2019 zur Änderung der ABPO

153. Sitzung des Senats der Hochschule Darmstadt, TOP 7.3

1. Die Formulierungen in der ABPO wurden gendergerecht angepasst.
2. Korrekturen kleinerer Fehler sowie sprachlich-stilistische Verbesserungen
3. Es wurden zudem verschiedene Ergänzungen und Neureglungen aufgenommen:
 - § 2 Abs. 9: Regelungen zum Vorpraktikum
 - § 4 Abs. 1 Nr. 7: Ergänzung von LfbA
 - § 10 Abs. 3: Berücksichtigung mehrerer Prüfungsleistungen in Modulbeschreibungen
 - § 10 Abs. 4: Präzisierung der Formen der Bekanntgabe
 - § 13 Abs. 2: Risiko bei nicht-persönlicher Abgabe bestimmter Prüfungsleistungen
 - § 22 Abs. 2: Präzisierung der Betreuungsregelungen für Abschlussarbeiten
 - § 27 Abs. 3 und 4: Präzisierung der beteiligten Personen und deren Rollen(-zuordnungen)